

# asSZ

aachener  
studentenzeitung

# 23

24. Oktober 1973

Zeitung des sozialistischen  
ASIA  
der RWTH Aachen

## Unterstützt den Widerstand des chilenischen Volkes

### Thesen zu Chile

Der folgende Versuch, die momentane Situation in Chile genauer zu analysieren, muß sich zunächst von den in den letzten Tagen oft gehörten Argumentationsschemata unterscheiden. Nämlich auf der einen Seite der unkritischen Affirmation der Politik der Unidad Popular und ihr „Beispielcharakter für die Strategie der Arbeiterbewegung in den Metropolen“ und auf der anderen Seite von der undifferenzierten Großmäuligkeit derer, die die „Volkseinheit“ von jeher für ein Instrument der Bourgeoisie und der Konterrevolution gehalten haben oder die gar dem „Neostalinisten“ Allende die alleinige Schuld für den faschistischen Militärputsch in die Schuhe schieben wollen. Demgegenüber soll im folgenden versucht werden, die konkreten Bedingungen für die Volkseinheit, ihre reale Politik, ihre Möglichkeiten und Grenzen zu diskutieren.

#### Legalismus der UP

1. Das zentrale Problem, an dem die besonderen Bedingungen diskutiert werden können, unter denen — nicht erst in den letzten Jahren — die chilenischen Klassenkämpfe sich entfaltet haben; das Problem, an dem das eigentümliche der chilenischen Verhältnisse — im Vergleich zu allen anderen lateinamerikanischen Ländern — durchsichtig wird, ist das **Problem des Legalismus**. In Chile existiert (genauer: existierte bis zum Putsch vom 11. September) ein nach bürgerlich demokratischen Prinzipien organisierter, auf Verfassung und Parlament gegründeter Staatapparat, und die Auseinandersetzung zwischen den chilenischen Klassen und Klassenfraktionen hat sich jahrzehntelang innerhalb dieses institutionellen Rahmens abge-  
spielt.

te etwa das chilenische Militär nicht — wie in manchen anderen lateinamerikanischen Ländern — eine fehlende nationale Bourgeoisie zu ersetzen, sondern hatte lediglich die Unantastbarkeit ihrer Interessen zu garantieren. Daß es dazu jahrzehntelang keiner Staatsstriebe bedurfte, ändern am Klassencharakter der Armee keinen Deut.

#### Chilenische Arbeiterbewegung

2. Daß auch der Klassenkampf des chilenischen Proletariats jahrzehntelang an Parlament und Legalität fixiert geblieben ist, ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß dieser Klassenkampf lange Zeit in zwei merkwürdig unverbunden nebeneinander existierende Stränge auseinandergefallen ist. Einerseits gibt es — seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts — einen **relativ kontinuierlichen Aufschwung des** — wenn man von

„Chiles Kupferbergbau auf dem Wege der Erholung.“

(FAZ, 24. 9. 1973)

Landreform, die Chilenisierung des Kupfers und eine Partizipation der Arbeiter in den Betrieben vorsah. Einige entsprechende Gesetze wurden verabschiedet, doch war die Durchführung außerordentlich zaghaft, und blieb praktisch in den Anfängen stecken. Die Massenbewegung, mit der das Volk auf das Scheitern der Reformen antwortete, um das Versprochene praktisch einzufordern, hat dann zum Wahlsieg Allendes entscheidend beigetragen.



Chile — allen imperialistischen Einflüssen zum Trotz — eine nationale Bourgeoisie relativ autonom entwickelt hat, die eben deshalb als gewissermaßen „nationale Klasse“ sich hat konstituieren und die abweichenden Interessen ihrer einzelnen Fraktionen (der Großgrundbesitzer, der Handelsbourgeoisie und der Industriellenbourgeoisie) meist friedlich — d. h. verfassungsmäßig — parlamentarisch hat ausgleichen können.

(Diese relative nationale Autonomie der chilenischen Bourgeoisie, die freilich an der ökonomischen Unterentwicklung des Landes nichts hat ändern können, ist etwa daran ersichtlich, daß zwar — seit der Mitte des 19. Jahrhunderts — die Rohstoffproduktion für den Export, die Kupfer- und Salpeterminen, fast völlig in dem Besitz ausländischer Gesellschaften — zunächst britischer, dann auch deutscher, später vor allem amerikanischer geraten ist, daß aber die ausländischen Investitionen im Bereich der industriellen Produktion bis vor wenigen Jahren und im Bereich des Grundbesitzes bis auf den heutigen Tag vergleichsweise sehr gering waren.)



Die herrschenden Klassen Chiles haben gewissermaßen aus eigener Kraft die Einheit der Nation herstellen und die Existenz einer bürgerlichen Gesellschaft sichern können. Sie haben sich mit dem politisch-administrativen Apparat, mit Verfassung, Parlament, vor allem aber mit dem Militär Instrumente zur Verteidigung ihrer Interessen geschaffen, ohne daß aber diese Instrumente ihre eigene Rolle hätten übernehmen müssen. So brauch-

den Kategorien der Klassiker ausgehen will — „traditionellen“ Industrie- und Grubenproletariats sowie der Gewerkschaften und Parteien, die es politisch repräsentieren. Das

## Presseerklärung

„Die Studentenschaft der RWTH Aachen solidarisiert sich mit dem Widerstand der chilenischen Arbeiter und Bauern gegen den Putsch der reaktionären Militärunterstützung.“

Der Putsch hat erneut den Beweis für die Gewalttätigkeit der herrschenden Klasse erbracht. Die Regierung Allende war eine Regierung sozialistischer Parteien in einem kapitalistischen Staat. Sie hat nicht den Sozialismus per Parlament einführen können, aber sie hat bedeutende Verbesserungen im Leben der arbeitenden Bevölkerung erbracht. Allein dies bedrohte die herrschende Klasse so sehr, daß sie ihr wahres Gesicht zeigte: das von Gewalt und Terror.

Bereits jetzt aber zeigt sich, daß der revolutionäre Prozeß weitergeht: im heldenhaften Widerstand der Arbeiter und Bauern. Die Weltöffentlichkeit muß dazu beitragen, daß es in Chile zu einer neuen „Operation Djakarta“ kommen kann: zu einem Massaker unter der Linken und der organisierten Arbeiterschaft.

Wir fordern die BRD-Regierung auf, gemäß den Beschlüssen der Sozialistischen Internationale die Junta nicht anzuerkennen und ihr jegliche Unterstützung zu verweigern.“

14. 9. 73

ASTA der RWTH

sind insbesondere die Kommunistische und Teile der Sozialistischen Partei. Deren Strategie war lange Zeit auf Lohnkämpfe, politisch: auf Wahlkämpfe ausgerichtet. Daneben hat es aber in der chilenischen Klassenkampfgeschichte immer wieder spontane, eruptive, unorganisierte — und auch organisatorisch wenig folgenreiche — Rebellionen von Landarbeitern, Kleinbauern und Pobladores (das sind die Bewohner der Elendviertel am Rande der Großstädte) gegeben. Die Stärke der chilenischen Arbeiterparteien, keine bloßen Intellektuellenorganisationen, sondern tatsächlich in der Industriearbeiterschaft selber verwurzelt zu sein, ist, von dieser Seite her betrachtet, auch ihre Schwäche: Im Land- und Subproletariat konnten diese Organisationen kaum Fuß fassen.

## DC-Regierung

3. Die Annäherung und tendenzielle Vereinigung dieser beiden Stränge in chilenischer Klassenkampfgeschichte hat erst innerhalb der Massenbewegung eingesetzt, die sich unter der christdemokratischen Regierung der Jahre 1964 bis 70 zu entfalten begannen. Die Christdemokraten hatten mit viel wortradikalem propagandistischen Aufwand ein Programm der, wie sie es nannten, „Revolution in Freiheit“ angekündigt, das eine gründliche

## Politik der Unidad Popular

4. Wer die Politik der Unidad Popular einigermaßen zureichend einschätzen will, der muß sich vor zweierlei gleichermaßen vereinfachenden Argumentationsweisen hüten: Weder ist es sinnvoll, mit dieser Politik, die auf Grund der historischen Situation selber widersprüchlich war und widersprüchlich sein mußte, abstrakt und vorbehaltlos zu identifizieren, noch scheint es gerechtfertigt, diese Politik in Bausch und Bogen als illusionistisch, reformistisch und sozialdemokratisch zu denunzieren. Die Regierung der UP war von Anfang an gezwungen, eine Doppelstrategie der legalen antikapitalistischen Reformen einerseits und der Mobilisierung der Volksmassen an der Basis andererseits zu praktizieren. Da sie nicht die Macht besaß, das Parlament kurzerhand aufzulösen, mußte sie vielmehr versuchen, die Legalität, das traditionelle Mittel bürgerlicher Politik, gegen die Bourgeoisie selber zu kehren. Damit hat sie — vor allem im ersten Jahr ihrer Regierung — eine Reihe beachtlicher Erfolge erzielen können: sie hat die Landreform — freilich noch auf der Grundlage der von der Frie-Regierung verabschiedeten Gesetze — entschieden vorangetrieben und in einem einzigen Jahr so viel Großgrundbesitz enteignet wie die Christdemokraten während der ganzen sechs Jahre ihrer Regierung; sie hat die Nationalisierung der großen Kupfer- und Salpeterminen und wesentliche Teile der nationalen Schlüsselindustrien und der Banken verstaatlicht; sie hat die Arbeiter an der Leitung der Produktion beteiligt und Teile eines sozialrevolutionären Sozial- und Kulturprogramms verwirklichen können. — Sobald allerdings die bürgerlichen Parteien, deren Uneinigkeit im Jahre 1970 den Wahlsieg der UP und den Amtsantritt Allendes allererst ermöglicht hatten, angesichts der „sozialistischen Gefahr“ wieder zusammenrückten, waren der Volksfront auf dem Gebiet parlamentarischer Gesetzesinitiativen praktisch die Hände gebunden. Es bestätigte sich fatalerweise, wie begründet die besorgte Frage gewesen war, die R. Debray schon im Januar 1971 angesichts der Bedeutung der Legalität in der Strategie der UP gestellt hatte:

„Was den Wahlsieg ermöglicht hat, ist auch das, was seine Verwandlung in den Sieg schlechthin bremst. Wird nicht, was den Zugang zur Regierung ermöglicht hat, das sein, was den Zugang zur Macht verhindert? Sind nicht die Bedingungen der Entwicklung des Prozesses auch die Bedingungen seiner Blockierung?“

Andererseits versuchten revolutionäre sozialistische Gruppierungen innerhalb und außerhalb der Volksfront den revolutionären Prozeß durch massenhafte Basisinitiativen zu beschleunigen. Gerade auch das politische Bewußtsein und der Organisationsgrad jener Schichten des chilenischen Volkes, die jahrzehntelang von den traditionellen Arbeiterparteien vernachlässigt worden waren und auf Grund ihrer Rückständigkeit oft das

Massenverhaftungen Oppositioneller durch die Junta in den Straßen von Santiago.

## Zur Lage im Nahen Osten

Die gegenwärtigen Feindseligkeiten im Nahen Osten sind nicht zufällig. Sie resultieren aus dem langdauernden Konflikt zwischen den beiden Seiten — einerseits dem politischen Zionismus, der einen jüdischen Staat in Palästina errichten will (und dieses Ziel tatsächlich mit dem Imperialismus bereits erreicht hat) und auf der anderen Seite das palästinensisch-arabische Volk. Der jetzige Krieg ist — wie die vorhergegangenen Kriege zwischen Israel und den arabischen Staaten — nur eine Ausweitung dieses grundlegenden Konflikts.

Ganz gleich unter welchen Umständen diesmal der Krieg begann — die eigentliche Verantwortung für den Krieg liegt bei den Führern des zionistischen Staates, die insbesondere seit Juni 1967 eine Politik territorialer Eroberung und Besetzung in diesem Konflikt verfolgt haben, was die Vertreibung der palästinensischen Arabern aus ihrem Besitz im großen Umfang mit sich zog. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß die momentanen Kämpfe um Territorien gehen, die von Israel 1967 besetzt worden waren.

Andererseits wird dieser Krieg vom ägyptischen und syrischen Regime geführt um verlorene Gebiete und verlorenes Prestige zurückzugewinnen und ihre schwindende Autorität in ihren Heimatländern zu stärken. Keinesfalls kann man ihnen unterstellen die Vertreter der palästinensisch arabischen Bevölkerung zu sein, den eigentlichen Opfern des Zionismus. Weder Sadat, der streikende ägyptische Arbeiter und Studenten niederschlagen ließ, noch Assad, der erst vor wenigen Wochen palästinensische Rundfunkstationen schließen ließ, sind berechtigt für das Volk zu sprechen. All das macht deutlich, daß diese Regime, die bereits 1967 ihren Bankrott schon einmal offenbart haben, nur darauf abzielen, Bedingungen für das Zustandekommen einer diplomatischen Übereinkunft unter imperialistischen Vorzeichen

zu schaffen. Eine Übereinkunft die einzig und allein auf Kosten palästinensischer Interessen erreicht werden kann. Wenn gleich wir auf keinen Fall die arabischen Regime und das zionistische Israel auf gleiche Stufe stellen wollen, halten wir daran fest, daß nur eine grundlegende soziale Revolution, die beide das zionistische und die arabischen Regime stürzt, das Problem im Nahen Osten lösen kann, einschließlich des palästinensischen Problems.

**Wir, Juden und Araber aus Israel und Europa erklären unsere Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes gegen israelische Besetzungen und erklären uns solidarisch mit jenen israelischen Sozialisten, die sich weigern für den Zionismus zu den Waffen zu greifen. (Die übrigens derzeit für diese ihre mutige Haltung verfolgt werden.)**

**Gegenüber Chauvinismus, Expansionismus und Radikalismus halten wir die Prinzipien des Internationalismus und des revolutionären Sozialismus aufrecht.**

ISRACA  
Israelisch Revolutionäres Aktions-Komitee im Ausland

IPSAG  
Israelisch-Palästinensische Sozialistische Aktion

ASTA der RWTH

konservative Lager verstärkt hatten, wurden durch die Mobilisierung der Landarbeiter, Kleinbauern, Pobladores entschieden gehoben. — Besonders seit Oktober 1972 wurde als Antwort des Volkes auf den gezielten Versuch der Groß- und Kleinbourgeoisie, durch Streiks, Sabotage und Boykotte den Zusammenbruch der chilenische Wirtschaft herbeizuführen und so die Regierung der Volkseinheit zu stürzen, Formen der Selbstorganisation der Massen entwickelt: Arbeiter besetzten die Fabriken, bildeten Räte und führten unter deren Leitung die von den Unterneh-

mern sabotierte Produktion weiter. In den Kommunen organisierten Arbeiter, Landarbeiter und Pobladores gemeinsam Transport und Versorgung. Auf dem Land hatte sich die revolutionäre Bauernbewegung schon bald zum Motor der durch die parlamentarische Prozedur verzögerten und verwässerten Agrarreform gemacht und hat selbständig Land besetzt und Großgrundbesitzer enteignet.

## Reform oder Revolution!

5. Es wäre verfehlt, diese Doppelherrschaft von legaler Regierung und Volksmacht an der Basis so zu interpretieren, als hätten auf der einen Seite ausschließlich die reformistischen, auf der anderen die revolutionären Kräfte sich konzentriert. An der Frage, in welchem Maße die Masse in den revolutionären Prozeß einzubeziehen sei, mußte sich vielmehr das Volksfrontbündnis selber polarisieren.

Fortsetzung Seite 5

**„Unter marktpolitischen Gesichtspunkten wird man der Entwicklung in Chile möglicherweise sogar Positives abgewinnen können.“**

(FAZ, 24. 9. 1973)

# Problem

# gelöst!

... und zwar das Ihrer  
**KRANKENVERSICHERUNG.**

Wir, die HAMBURG-MÜNCHENER ERSATZ

## Chemie

### Lucky Streik

In diesem Semester sind in der Chemie zum erstenmal Zulassungsbeschränkungen wirksam geworden; lediglich 35 Bewerber können zum Wintersemester in Aachen ihr Studium aufnehmen. Das heißt natürlich nicht, daß bisher für jeden immatrikulierten Chemiker die Möglichkeit zum regulären Studieren gegeben war. Neben Zulassungsklausuren für das Anfängerpraktikum — Praktika sind ja das A und O des Chemiestudiums — sind Fußangeln und Schikanen bis hin zur Diplomarbeit, für die man möglicherweise auch keinen Platz findet, zu überwinden. Sie äußern sich in vielen subtilen Erscheinungsformen: Bedingungen für Testate werden verschärft zur „Anhebung des Ausbildungsniveaus“, die Ausgabe von Chemikalien wird erschwert und vieles andere mehr. Um in geschlossener Front gegen diese Mißstände vorzugehen und ihre Ursachen aufzudecken, konstituierte sich Ende Mai auf Vorschlag des Roten Pfeil unter Beteiligung der Basisgruppe und der Fachschaft eine **Aktionseinheit gegen den inneren und äußeren NC** unter Beteiligung der Basisgruppe und der Fachschaft. Die mehr oder weniger tiefen politischen Differenzen in der politischen Einschätzung wurden nach den bösen Erfahrungen bei ähnlichen Aktionen hintenangestellt. Auf der Basis einer Minimalplattform gegen den NC und die sich gegenseitig in die Hand spielenden Interessen von Industrie, Kulturbürokratie und partiell der Professoren wurde in den folgenden Wochen ein Aktionsprogramm entwickelt.

Das wichtigste konkrete Ziel war dabei die **Verhinderung der Laborplatzklausur für die Erstsemester**. Nachdem die Institutsleitung mehrfach versichert hatte, daß alle Anfänger im Laufe des Wintersemesters einen Laborplatz erhalten würden (eine sofortige Aufnahme wurde durch einen starken Überhang an Praktikanten aus dem letzten Wintersemester unmöglich gemacht), sahen die Studenten des ersten Semesters die angebliche Notwendigkeit dieser Klausur, die der Studiengang im Ausnahmefall vorsieht, nicht ein. Sie erkannten im Gegenteil in dieser Schikane ein Mittel, die Studenten schon zu Beginn des Studiums zu selektieren und die Leute, die dabei schlecht wegkamen, zur Aufgabe ihres gewählten Berufsweges zu drängen. Darum beschlossen sie in einer Vollversammlung bei weniger als 10 Prozent Gegenstimmen, die Klausur zu bestreiten.

Mit diesem eindeutigen Beschluß im Rücken brachte der **Streik** den angestrebten **Erfolg**: Ohne daß irgendwelche handfesten Auseinandersetzungen entstanden, konnte die Klausur verhindert werden.

Kurz danach wurden auf einer außerordentlichen Fachschaftsversammlung die angesprochenen Mißstände diskutiert. Kommilitonen gaben Berichte aus den einzelnen Labors. Man war sich bald einig, daß von studentischer Seite deutlichere Zeichen gesetzt werden mußten und beschloß — Sogar alfa war dafür! — einen eintägigen Warnstreik durch-

zuführen, um damit auf die Ubelstände im Studium hinzuweisen und das Interesse des Studenten an ihrer Beseitigung zu dokumentieren.

An diesem Aktionstag dann zog, wie zu erwarten, — der Großteil der Chemiestudenten es vor, den ohnehin überfüllten Hangeweiler zu bevölkern und dort sich dem Streiken zu widmen, während ein kleinerer Teil der Kommilitonen, nachdem noch einmal kurz die wesentlichen Kritikpunkte in Referaten dar-

gestellt worden waren, in den Labors mit den Leuten diskutierte, die sich dem Streik nicht angeschlossen hatten.

Inzwischen kann man schon auf einen ersten sichtbaren Erfolg verweisen: Nach zusätzlichen energischen Vorstößen in den Gremien konnten 40 Praktikumsplätze für Anfänger durch interne Umschichtungen hinzugewonnen werden. Ein Ansporn, weiterhin unsere berechtigten Interessen klar zu artikulieren und mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten.

## AUFRUF

„Wir müssen sagen, daß gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen. Freilich, wenn wir dies sagen, verlieren wir viele Freunde, die gegen das Foltern sind, weil sie glauben, die Eigentumsverhältnisse könnten auch ohne Folter aufrechterhalten bleiben (was unwahr ist)“, sagt Brecht.

Die politischen Gefangenen in der Bundesrepublik und Westberlin werden gefoltert. Die Folter zielt darauf ab, die Gefangenen als politisch bewußt Handelnde zu zerstören, ihren kollektiven Widerstand zu brechen. Gefoltert wird durch: jahrelange totale Isolierhaft, d. h. Einzelhofgang gefesselt, Einzelbad, Ausschluß von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen, Schallisolierung, Sichtblenden vor den Fenstern, Post- und Besuchssperre außer von Verwandten, Schlafentzugsfolter.

Diese Maßnahmen, die auch gegen andere Gefangene als vorübergehende Hausstrafe angewandt werden, sind für die politischen Gefangenen Dauerzustand. Die totale Isolierung und Abschirmung von sämtlichen Sinneseindrücken „durch das Versetzen einzelner in eine total künstliche, gleichbleibende Umgebung ist das zur Zeit geeignetste Mittel zur Zerstörung spezifisch menschlicher Vitalsubstanz“ (Teuns, holländischer Psychiater).

Die Folter an den Gefangenen wird perfektioniert durch die Behandlung mit Psychopharmaka, Zwangsernährung und Zwangsnarkose, zwangsweiser Untersuchung der Geschlechtsorgane. Die Anwälte der Gefangenen kämpfen zusammen mit den Komitees für die Aufhebung der Folter. Zur Deckung und unkontrollierten Fortführung der Folter werden die Verteidiger kriminalisiert und von der Verteidigung ausgeschlossen (Durchsicht und Beschlagnahme von Verteidigerpost, Durchsichtung der Anwälte, Einleitung von Ermittlungsverfahren wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“). Alle diese Maßnahmen sind keine Auswüchse des Systems, sind keine Gemeinheiten. Sie sind Teil der bewußten und geplanten Vernichtungsstrategie des Imperialismus gegen alle, die dagegen aufstehen, die den antiimperialistischen Kampf bewußt führen.

Imperialismus d. h. Ausbeutung der Völker der 3. Welt, d. h. Raubbau an den

Rohstoffen, d. h. Völkermord, Bombenteppiche, Hunger, d. h. 200 000 politische Gefangene in Südvietnam, viele in Tigerkäfigen, d. h. Folter in Teheran, Sao Paulo, Athen, Djakarta, Ankara, La Paz. Die politischen Gefangenen hier haben den Kampf der Völker der Welt in die Metropolen getragen. Sie haben den Kampf gegen die mörderischen Verhältnisse hier aufgenommen gegen die Zerstörung der Menschen durch Vereinzelung, Konkurrenz, Rationalisierung, Konsumzwang, Arbeitshetze. Der Staat benutzt faschistische Methoden, wenn er mit der bewußten Lebensäußerung als Kampf gegen die Not, die der verschärfte Druck unerträglich macht, konfrontiert wird.

Faschismus heißt heute wissenschaftlich geplanter Mord, nur die Methoden sind verfeinert worden. KZ's und Gaskammern sind hier überholt, die Isolation, an deren wissenschaftlicher Perfektionierung z. B. das Universitätskrankenhaus Hamburg durch die Erforschung des Verhaltens von Menschen in einem völlig schallisolierten Raum arbeitet, ist an ihre Stelle getreten. Für die Behandlung der politischen Gefangenen gilt weder das Grundgesetz noch die offiziell anerkannte Menschenrechtskonvention. Die Erwähnung der Menschenwürde im Artikel 1 des Grundgesetzes ist eine Farce. Uns muß es darum gehen, für ein menschenwürdiges Leben zu kämpfen.

Wir rufen jeden, für den die Würde des Menschen mehr ist als ein abstrakter Begriff, auf, sich für ihre Durchsetzung einzusetzen, d. h. daß er sich mit der Realität der Folter in den Gefängnissen auseinandersetzt:

- **Beantragen Sie Besuche bei den Gefangenen.**
- **Gehen Sie in die Prozesse.**
- **Benutzen Sie Ihre Informationsmittel, um die verschwiegenen Fakten bekannt zu machen.**
- **Arbeiten Sie mit in den Komitees gegen die Folter.**

Komitees gegen die Folter an den politischen Gefangenen in der BRD  
Zentrale Kontaktadresse der Komitees:  
Jürgen Roth, 6 Frankfurt/M.,  
Hermannstraße 8

**KASSE**, bieten allen versicherungsberechtigten Studenten für einen Beitrag DM von 102,- bzw. DM 114,- (mit Angehörigen) pro Semester unseren vollen Versicherungsschutz.

Unsere Beratungsstellen in Aachen geben Ihnen gerne weitere Auskunft:  
Geschäftsstelle, 51 Aachen, Holzgraben 6,  
im Haus Bit am Graben,  
Telefon 02 41 / 3 79 83 oder 3 55 24

#### Kassenstunden:

Montags bis freitags 9.00 bis 13.00 Uhr  
außerdem donnerstags 15.00 bis 16.45 Uhr  
(vom 25. 9. bis 15. 10. 1973  
durchgehend bis 16.00 Uhr geöffnet)

oder:

Beratungsstelle, 51 Aachen, Turmstraße 14  
(gegenüber dem Hinterausgang der Mensa)  
Beratungszeiten: Montags bis freitags  
11.30 bis 14.00 Uhr

Während der Einschreibefrist von  
8.00 bis 16.00 Uhr durchgehend geöffnet.

## HAMBURG-MÜNCHENER ERSATZKASSE

51 AACHEN, HOLZGRABEN 6  
TEL. (0241) 37983

## STUDENTEN

MACHEN IHREN FÜHRERSCHEIN NATÜRLICH IN DER

# ASTA-FAHRSCHULE

ANMELDUNG NUR IM ASTA-GESCHÄFTSZIMMER

montags bis freitags von 11.30 bis 13.30 Uhr

## Zur Politik des VDS (Teil III)

Man fragt sich unwillkürlich, wann der Projektbereich Bildungsplanung an der Reihe ist und wie lange sich die nicht gewerkschaftlich-orientierten Asten sich noch solches Gebaren von Vorstandsmehrheit und der sie tragenden Asten gefallen lassen wollen (?).

Aber kehren wir nun zurück zur Kritik des vds-Aktionsprogramms, wie wir es in der letzten asz begonnen haben.

Als entscheidendes Merkmal, das sich durch dieses (und andere gleichartige) Pamphlete zieht, war das Fehlen einer materialistischen Kapitalismuskritik bezeichnet worden, das hier ersetzt wird durch das bloße Aneinanderreihen der unterschiedlichsten Phänomene, der Vielfalt der Erscheinungsebene gesellschaftlicher Widersprüche, von denen kurzfristig ohne Analyse auf eine „demokratische“ gewerkschaftlich-orientierte Studentenpolitik geschlossen wird.

Solche „alternative“ Politik an der Hochschule findet einen ihrer Höhepunkte in den „6 Punkten des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz“.

6 Punkte, in denen der Realitätsverlust der vds-Analyse deutlich wird; 6 Punkte, in denen von antikapitalistischer Politik und sozialistischer Perspektive gar nicht mehr die Rede, dafür aber umso mehr und unpräzise von Demokratie und Mitbestimmung die Rede ist. Unter völliger Abstraktion von den spezifischen strukturellen Interessen dieses Staates an seinen Hochschulen, bietet sich hier der vds als gutmeinender und willfähriger Produzent von Gesetzesvorschlägen an.

Die reale Entwicklung der bundesrepublikanischen Bildungspolitik mit der Stärkung der Staatsaufsicht, der Zerschlagung essentieller Rechte der verfaßten Studentenschaft, der Festlegung der Paritäten im BVG-Urteil, dem GHEG, dem geheimen Staatsvertrag zur Studien- und Prüfungsordnung, dem Besoldungsneuregelungsgesetz — um nur einiges zu nennen — hat den vds mit seinen „demokratischen Forderungen“ längst überholt, und demonstriert ihm, was dieser Staat unter kapitalistischer Bildungspolitik versteht. Davon unbeeindruckt sind aber die Herren vom derzeitigen vds scheinbar nicht in der Lage, Bildungspolitik unter kapitalistischen Bedingungen in ihrer Widersprüchlichkeit und in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu begreifen und zu analysieren; statt dessen greifen sie einzelne Phänomene heraus (z. B. Forschungsplanung) und stellen dazu kurzfristige demokratische Alternativen auf; daß sich damit nichts an der strukturellen Formbestimmtheit bestimmter Teilbereiche der herrschenden Bildungspolitik ändert, leuchtet

wohl jedem ein; oder auf gut deutsch: auch ein noch so großer Haufen fortschrittlicher Gewerkschaftler und Demokraten allein ändert mit solchen Forderungen (selbst sollten sie realisiert werden können) nichts, aber auch gar nichts, am kapitalistisch bestimmten Charakter der Institution Hochschule oder der Wissenschaft. (... und wer ist selbst bei der CDU/CSU oder der deutschen Wirtschaft nicht für die integrierte Gesamthochschule???)

### „Kampf der materiellen Bildungsmisere!“

Nehmen wir ein anderes Beispiel:

Unter dem Kapitel „Kampf der materiellen Bildungsmisere“ (Motto: „Herunter mit der Rüstung — mehr Geld für die Bildung“) kann man lesen, daß „der Beschluß des Finanzplanungsrates, die geplanten Bildungsausgaben zu senken“, aufgehoben werden müsse. Und weiter: „Die geplante Verabschiedung des Bildungsgesamtplanes wird für die Aktionen an den Hochschulen in den nächsten beiden Semestern von entscheidender Bedeutung sein. Der vds wird im SS aktionen gegen die materielle Bildungsmisere initiieren und örtliche Aktivitäten unterstützen.“ (Aktionsprogramm S. 5) Inzwischen ist besagter Bildungsgesamtplan seit einigen Wochen verabschiedet, der vds hat dazu eine „liebe“ Presseerklärung herausgegeben, an-



sonsten hat sich da nichts getan. Der vds ist nicht in der Lage gewesen, die Bedeutung des Bildungsgesamtplans im Kontext kapitalistische Bildungsplanung konkret einzuschätzen — außer o. g. hingeworfenen allgemeinen Phrasen — und war auch entsprechend nicht in der Lage, eine (starke) Mobilisierung der westdeutschen Studentenschaft gegen diesen Plan zu initiieren, geschweige denn, diesem Kampf eine antikapitalistische Perspektive zu geben (vgl. auch Düsseldorfer Demo am 6. 6.); von einer Unterstützung lokaler Aktivitäten, „die sich nicht bedingungslos“ dem gewerkschaftlich orientierten Akti-

onsprogramm unterordnen ließen, ganz zu schweigen. Ein letztes wichtiges — wenn gleich ähnlich trauriges — Kapitel: die sog. „Bündnisfrage“:

Hierzu heißt es im Aktionsprogramm lapidar: „Die Möglichkeit eines Bündnisses mit der arbeitenden Bevölkerung ergibt sich z. B. aus dem Interesse der Arbeiter und Angestellten an qualifiziert ausgebildeten Lehrern und Ärzten“. Mit dieser simplen Logik läßt sich diese Theorie beliebig ausweiten: die Studenten sind gegen den NC — die arbeitende Bevölkerung braucht Ärzte, also ist auch sie gegen den NC... so einfach ist das also. In Bausch und Bogen werden die Studenten zum Bündnispartner der arbeitenden Bevölkerung schlechthin; eine Differenzierung nach den unterschiedlichen Bedingungen, denen techn.-naturwissenschaftliche, pädagogische, sozialwissenschaftliche Intelligenz in ihrer Berufspraxis unterworfen ist, nach den diversen Funktionen, die sie erfüllt, nach objektiven Gemeinsamkeiten (tendenzieller Verproletarisierungsprozeß) und Widersprüchen zu den Interessen eben dieser arbeitenden Bevölkerung (wer ist das eigentlich?) ist scheinbar nicht mehr notwendig.

Hauptsache an der Seite der AK und an der Seite der Gewerkschaften; so wundert es denn auch nicht, wenn im ganzen vds-Aktionsprogramm zwar dann und wann von fortschrittlichen Kreisjugendausschüssen zu lesen ist, die reaktionäre Politik der rechten Gewerkschaftsspitzen jedoch mit keinem einzigen Wort erwähnt wird und kritisch dazu Stellung bezogen wird.

Verfasser dieses kann sich angesichts solcher überzeugender Argumente — nur einer Aussage des SHB/SF Frankfurt anschließen, der diese frappante simple Logik auf den Begriff brachte: „Gewerkschaftliche Orientierung ist richtig, der vds betreibt die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung; also ist die vds-Politik wichtig“ (in links 5/73).

Wie gegenüber einem solch degenerierten Verhältnis zu antikapitalistischer Politik sich die „oppositionelle“ sozialistische Fraktion in vds Ansätze sozialistischer Politik im Hochschulbereich vorstellt und zu praktizieren versucht, kam deutlich in der von der SF vorgelegten Hauptresolution (+ Aktionsprogramm) zum Ausdruck. In diesem Programm, an dessen Formulierung der AstA der RWTH Aachen selber aktiv mitgewirkt hat, heißt es u. a.:

„Sozialistische Politik an der Hochschule kann daher an bestimmten Maßnahmen staatlicher Bildungspolitik nur ansetzen. Der Nachweis der Widersprüchlichkeit des staatlichen Vorgehens im Ausbildungssektor erfordert das Ansetzen an eben diesen Widersprüchen. Ziel unseres Kampfes gegen die Maßnahmen des Staates kann nicht die Verhinderung der kapitalistischen Hochschulreform sein, sondern der Erhalt und die Erringung von Kampfpositionen für sozialistische Politik an der Hochschule innerhalb der kapitalistischen Hochschulreform. Die Darstellung des Verhältnisses von Wissenschaft, Kapital und Staat und die Aufklärung der Studenten über diese Zusammenhänge ist Hauptinhalt sozialistischer Politik an der Hochschule, die diese zugleich immer schon transzendiert: sie verweist ihre Adressaten auf das Kapitalverhältnis u. bestimmt als ihr oberstes Ziel die Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Kapital. Die Aufhebung des Kapitalverhältnisses und erst diese hebt auch die kapitalistische Ausbildung auf.“

## Was haben wir Studenten schon mit den Streiks zu tun?

Als vor einem Monat der Verband deutscher Schuhfabrikanten bekanntgab, daß die Schuhpreise in diesem Jahr nicht steigen werden, war das eine Sensation, die selbst in der Tagesschau den gebührenden Platz fand. Denn die Schuhe dürften damit wohl der einzige Marktartikel sein, der nicht zur momentanen Steigerung der Lebenshaltungskosten beiträgt. Diese betrug laut Frankfurter Rundschau im letzten Jahr über 12 Prozent. Denn ob du dir nun ne Tüte Milch kaufst, oder essen gehst, oder tankst (dich selber voll oder dein Auto), ob du ne neue Bude suchst (oder hast), oder einfach ins Kino gehst, alles ist bedauerlicherweise etwas teurer geworden. **Aber nicht nur für uns Studenten!** Für jeden macht sich diese Entwicklung immer unerträglicher bemerkbar (natürlich außer Horten und Konsorten). Es ist ein offenes Geheimnis, daß seit den Tarifabschlüssen im Januar dieses Jahres die Lohnerhöhungen heute bereits wieder voll von der Steigerung der Lebenshaltungskosten aufgezehrt sind. Das wird von niemandem ernsthaft bestritten.

**Die Unternehmer**, die soviel von Stabilität und vertrauensvoller Zusammenarbeit der „Sozialpartner“ reden; haben den „Preisspielraum voll ausgenutzt“. Sie sind ja an keine Tarifverträge oder Laufzeiten gebunden, wenn sie die Preise festlegen, sie pfeifen dann auf Sozialpartnerschaft und konzertierte Aktion. Preisabsprachen bilden die Regel. Bereits heute haben viele Firmen eine Teuerungszulage von ca. 10 Prozent auf die Endpreise geschlagen, obwohl sie dieses Geld noch lange nicht ihrer Belegschaft auszahlen (und selbst das aber nur anteilig auf die Endpreise geschlagen werden könnte!).

All das ist natürlich völlig legal und im Sinne der herrschenden Rechtsnormen.

### Lied der streikenden türkischen Arbeiter bei Valvo Aachen

bleib lustig streik, bleib lustig  
bleib lustig streik, bleib lustig  
bleib lustig streik, bleib lustig  
wir sind kräftige arbeiter  
wir können widerstand leisten  
denn wir sind stark  
unsere rechte die nehmen wir uns  
den chefs entreißen.  
bleib lustig streik, bleib lustig  
bleib lustig streik, bleib lustig  
arbeiter, vereinigen wir uns  
laßt uns streiken  
wir wissen für unser recht zu kämpfen  
denn es muß gekämpft werden  
bleib lustig streik, bleib lustig  
bleib lustig streik, bleib lustig  
die ängstlichen machen kehrt  
du, mein mutiger arbeiter — vorwärts  
dieser kampf ist unser großer kampf  
bleib nicht stehen — vorwärts  
bleib lustig streik, bleib lustig  
bleib lustig streik, bleib lustig  
laßt uns die ausbeutung besiegen, hey  
voran arbeiter, laßt uns eins werden  
nehmen wir unsere rechte  
hey — laßt uns durch den kampf  
unsere rechte nehmen hey und  
unsere eigene ordnung aufbauen — hey  
laßt uns hand in hand

**So vor kurzem auch in den Aachener Philips-Werken:** ca. 1500 Beschäftigte, d. h. praktisch die ganze Belegschaft, befand sich mehrere Tage im Ausstand. Sie erhoben folgende **Forderungen:**

- Lohnerhöhung von —,60 DM/h für alle (Männer und Frauen, Angestellte und Arbeiter)
- 200,— DM Teuerungszulage für alle
- Bezahlung der Streiktage
- Abschaffung der Leichtlohngruppe II
- Abschaffung der Samstagsschicht — Bezahlung der Pausen
- Lohnerhöhung für Lehrlinge: Existenzlohn von 600,— DM
- Keine Entlassungen und Repressionen gegen Streikende



Streikende Arbeiter in Aachen bei Valvo.

Daraufhin ließ die Geschäftsleitung sofort in Sichtweite ein Polizeiaufgebot anfahren und erteilte einer Reihe von Belegschaftsmitgliedern Hausverbot. (Bei der letzten Preiserhöhung von Philips standen den Betroffenen nach übereinstimmenden Aussagen vergleichbare Machtmittel nicht zur Verfügung. — Wie lautete noch das Schlagwort von der „vertrauensvollen Sozialpartnerschaft“?)

Soweit die Entwicklung. **Doch was sollen wir Studenten damit anfangen?**

Keiner wird wohl bezweifeln, daß gerade auch wir Studenten als (meist) sozial schwächere Schicht die Leidtragenden der unverhältnismäßigen Preistreiberien sind (Mieten, Lebensmittel etc.). Hinzu kommt, daß der größte Teil von uns später selber gezwungen sein wird, seine Arbeitskraft möglichst gut zu verkaufen. Von daher kann es nur unsere Unterstützung finden, wenn die Arbeiter ihren Beitrag dazu leisten, der inflationsfördernden



## Zur Kritik der Kritik des RCDS am HRG

Wenn wir im Folgenden näher auf die Kritik des RCDS am HRG eingehen, dann nicht deswegen, weil wir diese Kritik und die daraus resultierenden Forderungen für besonders beachtenswert hielten, sondern deshalb — und darin liegt unzweifelhaft ein Verdienst des RCDS — weil hier zum erstenmal eine rechte Hochschulgruppe in Aachen eine konkrete politische Aussage macht, eine Einschätzung gibt und Forderungen erhebt, während die andern (ALFA, UHG) im Leerlauf ihre Unverbindlichkeiten weiter dösen.

### „Offensive“ des RCDS

Im Juni ging es los. Den hochschulpolitischen Gruppen der RWTH flatterte ein vom Pastor persönlich gezeichneter Brief ins Haus, in dem beklagt wurde, daß eine Resolution des RCDS zum HRG in der letzten SP-Sitzung des SS nicht behandelt werden konnte. (Daß diese Resolution nicht diskutiert werden konnte, weil RCDS und ALFA aus dem SP ausgezogen waren, wird in dem Anschreiben leider vergessen zu erwähnen!)

Indes: Um die Zeit nicht nutzlos verstreichen zu lassen, entschloß sich der RCDS, „die Resolution aller Gruppen, die für das letzte SP kandidiert haben“ zu schicken. Denn „Wir sind der Ansicht, daß die Aachener Studentenschaft eine Stellungnahme zu dem vom Bundeswissenschaftsminister vorgelegten Vorwurf abgeben muß“. (Alle Zitate aus dem Anschreiben vom 12. 7.) Dieser Meinung des RCDS würde wohl so schnell keiner widersprechen; ob freilich eine Stellungnahme allein ausreicht ist ebenso fragwürdig wie das „Recht“ der Aachener Hochschulgruppen für die Aachener Studentenschaft zu sprechen. Denn wenn das so ist, daß die Aachener Hochschulgruppen für die Studentenschaft sprechen können (oder Briefe an den Minister schicken können), dann würden wir vorschlagen, demnächst das Studentenparlament durch die Hochschulgruppen wählen zu lassen...

Im letzten Satz des RCDS-Schreibens heißt es dann forsch: „Sollten sich diese Gruppen dazu bereit finden, kann sie (die Resolution d. V.) als offizielle Erklärung der Aachener Studentenschaft der Öffentlichkeit vorgelegt werden.“

Hm! Es läßt sich der Gedanke nicht abschüt-

ten, braucht der kapitalistische Staat ein Planungsinstrumentarium, mit dem er möglichst kurzfristig im Hochschulbereich auf veränderte Arbeitskraftnachfrage reagieren kann. Sollte sich z. B. aufgrund der Arbeitsmarktlage eine „Überproduktion“ von Diplom-Chemikern abzeichnen (wie momentan der Fall), so wird der kapitalistische Staat versuchen, über Verschärfung des NC (wie ebenfalls momentan der Fall) oder aber durch die in Zukunft zahlreich zur Verfügung stehenden anderen Steuerungsmechanismen, die Chemiker-Produktion zu drosseln, indem die Studierwilligen in andere — besser nachgefragte — Studiengänge (Berufe) abgedrängt werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Zentralisierung und der damit verbundenen Einschränkung der Hochschulautonomie liegt in der beabsichtigten betriebswirtschaftlichen Rationalisierung, d. h. der Kostenersparnis.

All diese Zusammenhänge, die im HRG selbst zu finden sind, müssen berücksichtigt werden, wenn man die Bestrebungen um eine bundeseinheitliche Bildungsplanung, bzw. um ein einheitliches Bildungssystem verstehen will.

### „Chancengleichheit und Einheit der Lebensverhältnisse“

Wenn man jedoch — wie der RCDS — einem weismachen will, daß das ganze HRG und die damit verbundenen Gesetze wie das Hochschulstatistikgesetz, das Hochschulbauförderungsgesetz usw., die gerade Bestandteile dieses Planungsinstrumentariums sind... daß all diese Planungsinstrumente der „Chancengleichheit“ und der „Einheit der Lebensverhältnisse“ (!) zuliebe gemacht werden, dann muß man entweder selbst mit überdimensionaler Naivität begnadet sein oder aber zynisch die Unwissenheit anderer ausnutzen wollen, um ihnen durch ideologisches Gesabber den Blick für die Realitäten zu vestellen.

Wen wundert da noch, wenn der RCDS am Ende seines Flugblattes 1 zum HRG, nachdem er den Leser mit allerlei Technokraten-Kauderwelsch im Stile von „Innovationszwänge“ und modischen Füllseln wie „Einheit der Lebensverhältnisse“ bequasselt hat, zu dem Schluß kommt: „Das HRG löst nicht die Konflikte in der Hochschulplanung...“

Ich will hoffen, daß der Beschluß, das ZDF-Magazin ab 1. Oktober nur noch 14tägig auszustrahlen, hinfällig wird, nachdem 118 178 TV-Zuschauer durch ihre Unterschriften protestiert haben. Es wäre sogar wünschenswert, das ZDF-Magazin mit Gerhard Löwenthal öfter als einmal wöchentlich auszustrahlen.

Hätten wir im Fernsehen 50 Prozent aller Journalisten, die so tüchtig wie Gerhard Löwenthal sind, bekämen die Zuschauer öfter etwas über Betrug und Wahrheit zu hören, was manchem Politiker nicht in den Rahmen paßte. Ich selbst kann mit all meinen Bekannten den Mittwochabend mit Gerhard Löwenthal kaum erwarten.

Leserbrief aus der AVZ  
17. 8. 1973

Symptome zu unterdrücken, und zwar durch Einschüchterung oder Gewalt, darüber verliert er kein Wort. Denn dann würde deutlich, daß hinter dem Technokraten-Jargon vom „Konflikte regeln“ nichts weiter steht als die Absicht der politischen und sozialen Disziplinierung, der der RCDS hier das Wort redet. Alles in allem: „Der RCDS bedauert, daß das geplante HRG (gegen das die Studenten 70 gekämpft haben? d. V.) nicht mehr in der letzten Legislaturperiode verabschiedet wurde...“ Also: „hält der RCDS seine Forderung, ein HRG (egal welches d. V.) zu verabschieden, weiterhin mit allem Nachdruck aufrecht. Er fordert, daß der neue Bundestag die zügige Verabschiedung des HRG (welches den nun? Das von Leussink, der CDU oder des RCDS Aachen? d. V.) als eine vordringliche Aufgabe unverzüglich wahrnimmt.“ (Flugblatt Nr. 1)

Nachdem der RCDS so entschieden und „mit Nachdruck“ gefordert hat „ein“, bzw. „das“, es sei denn das „geplante“ HRG zu verabschieden, konnte WiMi Dohnanyi nicht umhin, schon im Juni dieses Jahres einen neuen HRG-Entwurf vorzulegen. Der — wer hätte daran gezweifelt — den wesentlichen Forderungen des RCDS genüge tut.

Zum Beispiel:

### „Mitwirkung für alle“

Die umwerfende Forderung des RCDS zum „Recht auf Mitwirkung“ (Resolution des RCDS Punkt A), wohlgemerkt nicht „Mitbestimmung“ sind:

1. „Alle Mitglieder der Hochschule... müssen Recht auf Mitwirkung haben“

Schon in diesem ersten Punkt mußte WiMi Dohnanyi kapitulieren. Wie beim RCDS taucht das frevelhafte Wort „Mitbestimmung“ gar nicht mehr auf, sondern in enger Anlehnung an den RCDS-Wortlaut heißt es im § 40 (1) des neuen HRG-Entwurfs: „die Mitwirkung ist Recht und Pflicht aller ihrer Mitglieder.“ Und zwar so: Die Professoren wirken in den Fragen der Lehre, Forschung und Berufung so wirksam mit, daß die Wirkung der Mitwirkung des Rests in jedem Fall an der absoluten Mehrheit der Profs verpufft. Man sieht: Erfolg des RCDS auf ganzer Linie! Was wäre wohl ohne seine umwerfenden Mitwirkungs-Forderungen herausgekommen???

demonstrieren mit lust  
wir haben recht — wir werden siegen  
laßt uns die ausbeutung besiegen hey!  
unsere eigene ordnung aufbauen hey!  
ha! sagten wir und stiegen in den kampf  
jeder in seiner hand die waffe  
die ausbeutung werden wir besiegen hey!  
unsere eigene ordnung werden wir aufbauen hey

Wenn sich jedoch die doppelt Betroffenen, die **arbeitende (und konsumierende) Bevölkerung** zu wehren beginnt, reden viele sofort von „illegalen“ wilden Streiks. Dann wird eine beispiellose Propagandamaschinerie in Gang gesetzt, diese einzig vernünftigen Aktionen als illegal und uns alle gefährdend darzustellen (Bildzeitung: „Inflation durch wilde Streiks?“). **Der alte Buhmann „Lohn-Preis-Spirale“** muß wieder herhalten, denen, die die Leidtragenden einer Inflation sind, auch noch die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben — den Arbeitern. Aber wie sieht das wirklich aus? Zum einen steigt jedes Jahr in der Bundesrepublik die **Produktivität** je Beschäftigtem stetig. Für die Arbeiter macht sich das in zunehmender Arbeits- und Akkordhetze bemerkbar; das ist nicht nur eine Folge der Automatisierung! Die Arbeiter fordern deshalb zu Recht bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.

Zum anderen ein grob vereinfachendes Rechenexempel: Ein Produkt habe einen **Lohnkostenanteil** von 30 Prozent. Gesetzt den Fall, der Lohn steige um 10 Prozent. Dann darf der Preis des Produktes, soll der Kostenanstieg voll weitergegeben werden, um genau 10 Prozent x 30 Prozent = 3 Prozent steigen! Schön wär's! In Wirklichkeit haben im letzten Jahr die Preise die Löhne bei weitem über-rundet! **Es gibt keine „Lohn-Preis-Spirale“!!!** Es ist also zu begrüßen, daß immer mehr Arbeiter inzwischen bemerkt haben, daß sie fortwährend um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden, und daraus die **einzige richtige Konsequenz ziehen: sie streiken**, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Preistreiberei entgegenzutreten. **Es ist notwendig, daß wir uns solidarisch zu den Streikenden verhalten.**

Wie kann das aussehen?

**WIR SOLLTEN UNS INFORMIEREN!**

Über die Entwicklung der Preise, der Löhne, der Umsätze, der Gewinne, der Lebenshaltungskosten, der Arbeitsbedingungen! Über die Gründe der Streiks! Nicht nur über ihre Auswirkungen! Über die Reaktion der Unternehmer (Polizeiknüppel etc.). Nicht nur aus „Welt“ und „Bild“ und „FAZ“!

**WIR SOLLTEN DARÜBER DISKUTIEREN!**

Mit Kommilitonen! Mit Freunden und Bekannten! Mit den betroffenen Arbeitern!

**WIR SOLLTEN VERSUCHEN,** das Gerede von der „Lohn-Preis-Spirale“ zu begreifen als das, was es ist: **vordergründig plausibel erscheinende Propaganda** derer, denen sie nutzt!

**WIR SOLLTEN VERSUCHEN,** der verleumderischen Hetzkampagne von Springer und Konsorten durch eine **aufklärende Diskussion** zu begegnen! **Wir sollten den Streikenden durch eine weitere Verbesserung der „Öffentlichen Meinung“ den Rücken stärken!**

**STELLEN WIR UNS**

**AUF DIE SEITE DER STREIKENDEN!!!**

## Unions-Ideologie

Im Kampf gegen Ideologen erfanden Unions-Ideologen ihre „Humane Leistungsgesellschaft“, die bei näherem Hinsehen sich entpuppt als gewöhnliche G m b H, das heißt: Gesellschaft mit beschränkter Humanitätsleistung.

JOACHIM SCHWEDHELM

FR 3.3.73

## Brief an uns

An den ASTA der rheinisch-westfälischen Technischen Hochschule  
51 Aachen, Turmstraße 3

Betriebsrat der Firma  
Pierburg, Autogerätebau,  
Neuss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für die gezeigte Solidarität anlässlich der spontanen Arbeitsniederlegung bei der Firma Pierburg danken wir Euch herzlichst.

Die Ergebnisse lauten:

- Bezahlung von 4 der 5 Streiktage
- keine Entlassungen
- für jeden gewerblichen Arbeitnehmer ab 1. 8. 1973 DM 0,30 mehr pro Stunde
- für alle Angestellte ab 1. 8. 1973 DM 50,- mehr pro Monat
- Wegfall der Lohngruppe zwei
- Teuerungszulage von DM 200,— für jeden Arbeitnehmer

Nochmals dürfen wir Euch für das gezeigte Interesse herzlichst danken.

tem, als sei die Leichtigkeit, die der RCDS im Umgang mit den Representations- und Vertretungsrechten der Verfaßten Studentenschaft an den Tag legt, ein weiterer Schritt innerhalb der RCDS-Strategie, die VS zu liquidieren. Selbst wenn man diesem Eindruck trotz, bleibt noch die Verwunderung, wie der Ring von CDU-Studenten auch ohne das — scheinbar nur formal erheischte — Placet der linken Hochschulgruppen mit seiner Resolution an die Öffentlichkeit treten kann; so geschehen mit großem Propaganda-Tamtam in der AVZ...

Ob der RCDS seine Resolution, die weder den Segen aller Hochschulgruppen hat, geschweige denn die Zustimmung der Aachener Studentenschaft (vertreten durch das SP), trotzdem an den Wissenschaftsminister geschickt hat, bleibt ungewiß (1).

Daß die Basisgruppen und der von ihnen gestellte ASTA die RCDS-Resolution nicht unterschrieben haben, liegt nicht nur an unseren kleinlichen Bedenken hinsichtlich der Representations-„rechte“ der Aachener Hochschulgruppen, sondern auch daran, daß wir — verzeih's der liebe Gott — auch inhaltlich einige Bedenken gegen die päpstlichen Vorstellungen des RCDS zum HRG haben.

Zu Beginn des SS 73 brachte der RCDS sein erstes Flugblatt der Saison zum HRG heraus. Die zentrale Forderung:

## „Schnellstens das HRG verabschieden“

Bekanntlich lag zur damaligen Zeit das HRG noch auf Eis. Das Stichwort des kapitalistischen Staates zur Durchsetzung der Hochschulreform hieß damals: **dezentral**. D. h. man versuchte die Hochschulreform über Ländergesetze, Hochschulsatzungen, bzw. Staatsverträge durchzusetzen, da ein HRG zum damaligen Zeitpunkt wenig Chance auf Verwirklichung hatte. Der „Vorteil“ des dezentralen Vorgehens war, daß bundeseinheitliche Aktionen wie Sternmarsch oder Generalstreik nicht stattfanden, mit Widerstand also immer nur im kleineren Maßstab zu rechnen war — so führte NRW-WiMi Rau die heftig kritisierte Trennung von Kurz- und Langzeitstudium isoliert durch eine oktroyierte Prüfungsordnung an den neu errichteten Gesamthochschulen NRWs ein. Der Nachteil des dezentralen Vorgehens liegt jedoch darin, daß die aus politischen und ökonomischen Gründen angestrebte **Einheitlichkeit** der kapitalistischen Hochschulreform nicht erreicht wurde.

Diese Einheitlichkeit ist jedoch die wesentliche Voraussetzung und Bedingung für die angestrebte kurzfristige, **zentrale Steuerung der Ausbildungskapazitäten** im Hochschulbereich; eine Steuerung, die für den kapitalistischen Staat um so wichtiger wird, je schneller sich die Anwendungsbedingungen der Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozeß verändern. Da diese Veränderungen jedoch nicht geplant werden, sondern sich anarchisch und naturwüchsig über Konjunktur,

(1) Es wäre auch nicht uninteressant zu erfahren, ob der RCDS seinen Schlußsatz beibehalten hat, der da lautet: „Die Studentenschaft der RWTH Aachen fordert Bundeswissenschaftsminister Klaus von Dohnanyi auf, den vorgelegten Entwurf an Hand dieser Forderungen zu überprüfen und ihnen (!!) anzugleichen.“

regeln.“ Daß gesellschaftliche Konflikte, die in der Hochschule erscheinen, nicht dort gelöst werden können, weil sie dort nicht ihre Ursache haben, kann der RCDS nicht verschweigen, daß aber „Konflikte regeln“ in diesem System nichts anders heißt als die

Was die zweite Mitwirkungsforderung des RCDS angeht, so bewegt sie sich gerade noch am verfassungsrechtlich Hinnehmbaren. Er fordert kühn:

Fortsetzung Seite 4

### info 1

**DIE TECHNIKER-KRANKENKASSE**

Das Geschäftsgebiet der 1884 gegründeten Kasse umfaßt die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Land Berlin. Als Trägerin der Sozialversicherung ist die **TECHNIKER-KRANKENKASSE** bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die TK ist die drittgrößte Angestellten-Krankenkasse und die größte berufsständisch orientierte Er-satzkasse mit 90 Geschäftsstellen und 8000 ehrenamtlichen Mitarbeitern.

### info 2

**DER PERSONENKREIS**

Es gibt z. Z. 888 technische Angestelltenberufe. Die TK versichert alle Personen, die einem dieser Berufe angehören; beispielsweise Ingenieure, Chemiker, Architekten, Meister, Techniker sowie den in Ausbildung stehenden Berufsnachwuchs dieses Personenkreises (Lehrlinge, Studenten): Rund 660 000 Mitglieder sind bereits TK-versichert, zusammen mit den Familienangehörigen betreibt die TK rd. 1,5 Millionen Menschen.

### info 3

**DIE LEISTUNGEN**

Sofortiger Versicherungsschutz mit Höchstleistungen in allen Bereichen. Keine Wartezeiten. Kein Ausschluß von Vorerkrankungen. 100%ige Kostenübernahme für ärztliche und zahnärztliche Behandlung (auf Krankenschein) sowie — zeitlich unbegrenzt natürlich — bei Krankenhausbehandlung in der vertraglichen Pflegeklasse. Bei Wahl einer anderen Pflegeklasse zusätzlicher Zuschuß zum Vertragssatz täglich 20 DM.

### info 4

**DIE BEITRÄGE**

Die **TECHNIKER-KRANKENKASSE** verlangt ihren Mitgliedern nur soviel an Beiträgen ab, wie zur Aufbringung der Leistungsausgaben und Verwaltungskosten unbedingt erforderlich sind. Der Beitrag ist immer sehr günstig. Er beträgt zur Zeit z. B. für Nichtversicherungspflichtige mit höchstem Krankengeldanspruch 150 DM, bei Mitversicherung von Familienangehörigen 166 DM. Studentenbeiträge betragen 14,50 bzw. 16,50 DM.

### info 5

**DER SERVICE**

Bei der **TECHNIKER-KRANKENKASSE** steht Mitgliederbetreuung an erster Stelle! Der „automatische Telefondienst“ sorgt dafür, daß man uns auch nach Geschäftsschluß noch erreicht. Der „bundesweite Service“ gewährleistet, daß in jeder beliebigen Geschäftsstelle eine umfassende Beratung erfolgt und Leistungsanträge ebenfalls sofort bearbeitet werden, auch wenn die Mitgliedsunterlagen dort nicht geführt werden.

### info 6

**WEITERE INFORMATIONEN**

können Sie in Form von Prospekten erhalten, wenn Sie an uns schreiben. Unsere Anschrift lautet: **TECHNIKER-KRANKENKASSE**, 2 Hamburg 70, Schloßstraße 12, Informationsstelle. Sie können sich selbstverständlich auch an unsere Geschäftsstellen wenden.



# Zur Lage auf dem Aachener Wohnungsmarkt im WS 73/74

Welche Ausmaße die Wohnungsnot im kommenden WS 73/74 annehmen wird, darüber kann man sich leicht anhand einiger Zahlen ein Bild machen.

	WS 73/74	SS 73
TH	16 700	15 978
PH	2 405	2 398
FH	3 500	4 000

Zum kommenden WS rollt — allen bisherigen Prognosen zum Hohn — eine gewaltige Studentenlawine auf die Aachener Hochschule zu:

	erwartet (bzw. durch ZVS zugeteilt)	Gesamt-Studenten-Zahl
TH ca.	4000-5000	20 000-21 000
PH mind.	420	2 800- 3 000
FH ca.	1000	4 500
insges.	5500-6500	27 300-29 500

Was steht z. Z. an Wohnheimplätzen gegenüber?

TH: Studentenwerk e. V.	1333 Plätze
HfG-Heim (sollten bis 1. 10. d. J. bezugsfertig sein)	356 Plätze
Kirchl. u. weitere Trägerorganisationen	500 Plätze
	2189 Plätze

Damit wohnen nur etwa 10 % der TH-Studenten in Studentenheimen (70 waren's noch 14 %), wengleich der seit Jahren fortgeschriebene Düsseldorfer Wohnheimplan empfiehlt, mindestens 30 % aller Studenten in Wohnheimen unterzubringen.

Die konkrete Planung des Landes NRW jedoch schreibt den derzeitigen Mißstand schon für die 80er Jahre fest. So sind für Aachen bis zum Jahre 1982 nur 2636 Wohnheimplätze vorgesehen (das sind nur 447 mehr!). Für den Bereich der Pädagogischen Fachhochschule sieht es nicht viel besser aus. 1973 fehlen in der BRD insgesamt 108 000 Plätze in Studentenwohnheimen (Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU, Januar 1971).

## Wohnheimplanung von Bund und Ländern

Für den studentischen Bereich hat die Bundesregierung umfangreiche Wohnheimbauprogramme angekündigt. Dennoch werden 1975 voraussichtlich 136 000 Wohnheimplätze fehlen.

Bis zum Jahre 1980 müßten jährlich ca. 20 000 neue Wohnheimplätze gebaut werden, um wenigstens für die Studenten aus Fami-



Unterstellt man also bei den z. Z. annähernd 30 000 Studenten in Aachen, daß ca. 10 % von ihnen in Wohnheimen untergebracht sind, im Schnitt 15 % im Einzugsgebiet Aachen bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen, bleiben 75 %, die in der Stadt Aachen selbst ein Unterkommen finden müssen; das sind schlichte 22 500 Studenten. Davon stehen jetzt zum WS ca. 2000-3000 völlig auf der Straße.

Unabhängig davon sind z. Z. beim Aachener Wohnungsamt weit über 3500 Wohnungssuchende registriert. (Eine Zahl, die man getrost mit 2-3 multiplizieren kann — Familie!) Die Stadt Aachen macht ihrem amtlich festgestellten Wohnungsdefizit von 9,3 %, womit sie an der Spitze aller Städte in der BRD liegt, alle Ehre. Nach einer neuen Untersuchung einer Projektgruppe an der Architekturabteilung der RWTH läßt sich jedoch noch eine bedeutende Verschlechterung dieser Situation innerhalb der letzten Jahre feststellen (incl. 1972). Danach ergibt sich für Aachen Stadt allein bei einem Wohnungsbestand von 60 782 Wohnungen ein Fehlbstand von ca. 7263 Wohnungen; das sind schlichte 12 %.

Dabei ist diese Rechnung immer noch zu niedrig gegriffen: in ihr sind beispielsweise noch die leerstehenden oder zum Abbruch bestimmten Häuser und Wohnungen enthalten, Studenten und Gastarbeiter, die in „Wohnungen“ wie Speichern, Kellern oder Schuppen wohnen, sind mitgezählt, die Einpendler außer Acht gelassen usw.

In den anderen Universitätsstädten der BRD sieht es nur unwesentlich besser aus; wobei die neugegründeten Unis (Bochum, Duisburg, Essen etc.) noch schlimmer dran sind, weil sie nicht auf tradierte Zimmerressourcen zurückgreifen können.

**Im Schnitt steht in der BRD zum WS jeder 10. Student ohne Zimmer da.**

schon heute als nicht ausreichend angesehen werden.

Zur Zeit sieht es so aus, daß Ausstattung und Lage der bestehenden Wohnheime in der Regel nicht den Bedürfnissen der Studenten entsprechen. In den Gemeinschaftswohnheimen ist oft für 20 und mehr Studenten nur eine Toilette vorhanden. Die Zimmer sind oft kaum größer als 10 qm, was genau dem geforderten Minimum entspricht. (Für Hunde sehen die Richtlinien mindestens 12 qm vor). Dabei ist es ein Gemeinplatz, daß die Minimierung von Kosten- oder Konjunkturpolitische Maßnahme ist, sondern gerade zu den strukturellen Bedingungen spätkapitalistischer Systeme gehört.

Den besonderen Anforderungen an Wohnheimbauten, die durch die spezifischen Bedürfnisse und Wünsche der Studenten bestimmt sind, trägt weder der traditionelle Gemeinschaftswohnheimbau Rechnung, noch die Appartementbauweise, die dazu führt, daß viele Studenten nicht einmal ihre Nachbarn kennen. Soweit wir uns auch einerseits

## Presseerklärung der stud. Vertreter im SW zur derzeitigen Situation in den Studentenwohnheimen

„Die studentische Wohnsituation in Aachen stellt sich folgendermaßen dar: etwa 21 000 Studenten (Schätzung TH allein im Wintersemester 73/74) stehen 1 684 Plätze in den vom Studentenwerk (SW) verwalteten Wohnheimen zur Verfügung. Dazu kommen noch etwa 500 Plätze in Wohnheimen anderer Träger (z. B. Kirche).

Die Mieten in diesen Heimen sind in den letzten zweieinhalb Jahren von 80 Mark auf jetzt 125 Mark gestiegen, d. h. um 56 % Prozent. Im gleichen Zeitraum blieb der Höchstförderungssatz nach dem BAFöG konstant auf 420 Mark stehen. Die Heimbewohner äußern seit Jahren ihren Unmut über die der sogenannten „freien Marktwirtschaft“ angepaßten Mietpreisentwicklung.

Seit nunmehr 15 Monaten wird deshalb in den Wohnheimen des Studentenwerks gestreikt, d. h. über 90 Prozent der Bewohner zahlen den für sie gerade noch tragbaren Mietpreis von 95 Mark.

Das Studentenwerk befindet sich in dieser Auseinandersetzung ständig im Konflikt, einerseits die Forderung des Wissenschaftsministeriums nach kostendeckender Miete, d. h. laufende Mieterhöhung, und andererseits der Interessenvertretung seiner Mitglieder, d. h. ihnen sozial tragbare Mieten zu sichern. Der Geschäftsführer des SW, Redding, ergriff bisher eindeutig Partei für die Forderung des Wissenschaftsministeriums. Es erscheint daher als schlechthin unverschäm, wenn auch nicht verwunderlich, daß Redding in einem Artikel von einem „günstigen Mietpreis“ von 125 Mark (!) spricht.

Einmal mehr disqualifiziert sich Redding als Geschäftsführer eines Vereins, dessen Ziele eindeutig die Vertretung der sozialen Interessen vieler Studenten ist. Er handelt auch gegen einen Vorstandsbeschluss, der besagt, daß das Maximum der sozial tragbaren Miete bei 100 Mark liegen muß.

Reddings Äußerung wird bei vielen Zimmervermietern in Aachen und Umgebung die Wirkung haben, daß die Zimmermieten und in deren Nachfolge auch die Wohnungsmieten erhöht werden. Das trifft in erster Linie Studenten, Gastarbeiter und andere sozial Schwache.

zu integrieren. Das schließt natürlich den Bau von Folgeeinrichtungen, wie Kinderkrippen und -tagesstätten ein. Die Mieten in den Wohnheimen sind einzufrieren. Mieten von 120 DM und mehr, die weit mehr als ein Viertel der monatlichen Ausbildungsförderung verschlingen, sind für

„juristische Personen des Privatrechts“ Träger des öffentlich geförderten Wohnheimbaus sein können. Dadurch wird einerseits der staatliche Baukostenanteil gesenkt, andererseits erhalten die privaten Träger Zuschüsse und Steuervergünstigungen. Vom privaten Studentenwohnheimbau erhoffen sich die



Leerstehende Häuser in Aachen in der Blondelstraße.

Studenten sozial nicht tragbar. Deshalb muß die Differenz zur kostendeckenden Miete durch staatliche Zuschüsse an die Studentenwerke ausgeglichen werden. In den Richtlinien zur Studentenraumförderung ist vorgesehen, daß in Zukunft auch

Wohnungsbaukonzerne deshalb neue Profitquellen. Die Auflagen, die mit der Vergabe öffentlicher Mittel verbunden sind (z. B. Beschränkung der Miethöhe) werden, wie vor allem die Erfahrungen in West-Berlin zeigen, nur in den seltensten Fällen eingehalten.

## Zur Rolle der Stadt Aachen

### Sanierungsstrategie und Mietpreisauftrieb

Die größten Ressourcen eines Wohnungsangebots für Studenten liegen in Aachen derzeit noch im relativ umfangreichen Altbaubestand. Dennoch läßt sich seit einigen Jahren bereits die Tendenz verfolgen, gerade diese Altbaugelände in der Innenstadt zum Hauptgegenstand einer großflächigen radikalen Sanierungsplanung zu machen (s. Sanierungs-

Rosviertel oder am Annuntiatenbach oder vornehmer „Sanierung“ erscheint in Aachen noch blaß gegenüber dem Ausmaß, das diese Politik bereits in anderen Städten angenommen hat, etwa in Frankfurt (Westend), München, Köln, Hamburg u. a. m.

Die Wesenszüge sind, jedoch hier wie da, die



... die strukturelle Unmöglichkeit bedürfnisgerechter Wohnungsplanung im tertiären Sektor im Klaren sind, so müssen wir uns doch andererseits mit möglichen Alternativen und Forderungen auseinandersetzen. Beispielsweise sollten Studentenwohnheime in Zukunft so gestaltet sein, daß mehrere Studenten in kleinen Wohngruppen gemeinsam wohnen können (Sanitäre Einrichtungen, Küche und Eßraum würden von 3-4 Personen genutzt). Möglichkeit zur Gruppenarbeit und koll. Emanzipation.

Studentenwohnheime dürfen keine Ghettos sein, sie könnten mit Wohneinheiten des sozialen Wohnungsbaus kombiniert werden (auch unter Berücksichtigung der Infrastruktur!). Damit wird eine Voraussetzung für die vollständige Integration des studentischen Wohnens in den allgemeinen Wohnungsbau geschaffen.

lien mit niedrigem Einkommen, ausländische Studenten und auch körperbehinderte Studenten (mit entsprechenden Pflegeeinrichtungen) Wohnraum zur Verfügung zu haben. (Allein die 1972 erzielten Spekulationsgewinne würden ausreichen, um 10 000 Wohnheimplätze zu bauen. Die Kosten pro geförderten Platz dürfen nach den Bund-Länder-Richtlinien 30 000 DM nicht überschreiten. Die Steigerung der Baukosten wird allerdings dazu führen, daß die Kostenrichtwerte nur dann eingehalten werden können, wenn drastische Konzessionen an die Qualität und Ausstattung der Wohnheimplätze gemacht werden. Die Mindestanforderungen, die den Kostenrichtwerten zugrunde liegen, können

Dazu tragen auch schon gemeinsame Aktionen mit Gastarbeitern, Obdachlosen und anderen von der Wohnungsnot Betroffenen bei. Es muß jedenfalls auch mit Hilfe solcher Aktionen verhindert werden, daß auf Kosten kinderreicher Familien und älterer Menschen Wohnungen geräumt werden, um sie aufzuteilen und dann mit höherem Profit an Studenten und Gastarbeiter weiterzuvermieten: Deshalb müssen u. a. auch Wohnheimplätze geschaffen werden.

Studentenhepaare, die derzeit durch die Richtlinien der Bund-Länder-Kommission besonders stark benachteiligt sind, sind ebenfalls in die Wohnheimplanung (oder auch im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus) stärker

neuen Wohnheimen: Die herrschende Studenten-Wohnheim-Bauweise zeigte immer schon die Tendenz zu zellenartigen „Zimmern“, die der Vereinzelung der Studenten Vorschub leistet. Bisher war es aber immer gelungen, Gemeinschaftsräume für gemeinsame Aktivitäten zu benutzen.

Erstmals bei den sogenannten HFG-Heimen in der Bärenstraße und Am Weißenberg manifestiert sich die Vereinzelung dadurch, daß jeder Student tatsächlich in seiner „Zelle“ mit WC und Dusche allein ist. Es ist also gelungen, 174 WCs, 174 Duschen, 174 Spülen und 174 Kühlschränke auf Kosten von dringend notwendigen Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen.

Diese Bauweise läuft auch allen Versuchen des SW zuwider, die Studentenwohnheim-Modelle unterstützen, die Vereinzelung mit Hilfe neuer Formen des gemeinschaftlichen Wohnens zu mildern. Deshalb verwundert es um so mehr, daß der Geschäftsführer des SW diese Heime derart hochjubelt.

Die studentischen Vertreter im SW werden deshalb im Vorstand und in der Mitgliederversammlung des SW weiter darauf dringen, daß der jetzige Geschäftsführer des SW, Redding, nicht zuletzt seiner unqualifizierten Äußerungen wegen, entlassen wird.

biet I, Annuntiatenbach und Sanierungsgebiet II, Rosviertel). Dieser Sanierungspolitk liegt wesentlich die Erkenntnis des Zusammenhangs von Altbauanteil und Mietpreisniveau zugrunde. Ein höherer Prozentsatz von billigen Altbauwohnungen hält das Mietpreisniveau der Stadt niedrig (71 bei etwa 2,-/qm); erst durch Verknappung des Wohnungsangebots läßt sich für Vermieter und Wohnungsbaugesellschaften ein profitables Mietniveau (etwa auf dem Level anderer Städte in der BRD) erreichen. Mietpreissteigerungen in der BRD von 1962-72 ca. 90 Prozent. Gleichzeitig explodieren in der Zeit von 1945-65 die Spekulationsgewinne an Grund und Boden über 100 Millionen DM!

Die weitgehende Interessenidentität in dieser Hinsicht beflügelt die gemeinsamen Sanierungsvorhaben von Stadtverwaltung und beteiligten und interessierten Einzelkapitalen. (Haus, Grund und Boden, Finanz, Handel etc.)

Die planmäßige Stadtteilerstörung wie im

gleichen. Mietpreissteigerungen, explodierende Grundstückspreise, Bodenspekulation in den Stadtkernen, Abbruch, Neubaugenehmigung, Erstellung optimaler Infrastrukturmaßnahmen durch die Stadt als Voraussetzung für die Ansiedlung profitabler Dienstleistungsunternehmen oder sonstiger rentierlicher Investitionen, Verödung des Stadtkerns (beispielhaft hierfür ist die Entwicklung in der oberen Theaterstraße), Schlafstädte an der Peripherie (s. Driescher Hof, Preuswald) und Obdachlosensiedlungen (z. B. Feldchen).

Ergebnis: die bisherigen Mieter und Wohnungssuchenden werden in ungünstigen Lagen an die Stadtränder geworfen, die Lage auf dem Markt erschwinglicher Wohnungen verschärft sich zusehends, während in den Innenstädten oft ein Überangebot an teuren freifinanzierten Wohnungen leersteht. Unmittelbare Not und Überangebot auf dem Wohnungssektor zur gleichen Zeit charakterisieren beispielhaft die Unfähigkeit zu gesellschaftlich sinnvoller Wohnungs- und Stadtplanung im Kapitalismus.

### Zur Rolle der Parteien in der Aachener Wohnungspolitik

Tonangebend in der Kommunalpolitik der Stadt Aachen ist seit 24 Jahren ungebrochen die CDU; Rat und Verwaltung der Stadt sind überproportional mit Parteileuten besetzt. „CDU-Interessen, von der Verwaltung formuliert, werden als neutrale Sachinteressen dem Rat vorgelegt und von der Mehrheitspartei durchgesetzt... Abgesehen von den überre-

gional agierenden Einzelunternehmen, Kapitalgesellschaften, Spekulanten und Maklern, Banken und Versicherungen, die aufgrund ihrer ökonomischen Macht erwarten, daß ihre privaten Ziele vor der Planung berücksichtigt werden, haben auf die planende Verwaltung

Fortsetzung in der nächsten asz

### Fortsetzung von Seite 3 Zur Kritik des RCDS

„Soweit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes noch möglich, muß ausgeschlossen werden, daß eine Mitgliedergruppe eine andere aufgrund der Stimmenverhältnisse majorisiert.“

Da hat der RCDS nun mal Pech gehabt: Denn hätte er das BVG-Urteil gelsen, dann wüßte er, daß die Professoren in allen relevanten Fällen den Rest eines Gremiums majorisieren dürfen; sogar in Fragen der Lehre können sie — nach dem BVG — zumindest durch Stimmengleichheit paralisieren.

Naja, schadet nix. Fordern kann man's ja! Die Studenten würden wohl auch dumm gucken, wenn der kapitalistische Staat ausgerechnet alle Forderungen des RCDS erfüllen würde. Vielleicht würden sie sogar stutzig...

Was die dritte Forderung des RCDS zur Mitwirkung angeht, so war es dem Verfasser leider nicht möglich herauszufinden, was der RCDS auszudrücken sich bemüht. Urteilen Sie selbst:

„Die Repräsentationsstrukturen richten sich nach den Prinzipien der Qualifikation und der Betroffenheit.“

Nehmen wir einmal an, es handelt sich bei dieser verschlüsselten Forderung um mehr als eine optische Verlängerung des Textes, dann haben wir eigentlich nur eine Erklärung: Der RCDS meint die „funktionsgerechte Mitwirkung“! oder auch die sog. „qualifizierte Mitbestimmung“ — ohne sich da näher festlegen zu wollen. Hinter diesen Begriffen verbirgt sich im allgemeinen der Versuch, den

Professoren aufgrund ihres — wie immer definierten — qualitativen Gewichtes auch die quantitative Mehrheit in einem Gremium anvertrauen zu wollen. Motto: Qualität braucht Quantität! Wie gesagt: Hätte der RCDS mal etwas im BVG-Urteil zum Niedersächsischen Vorschaltgesetz geblättert, wäre ihm diese Sorge erspart geblieben und er hätte um so rückhaltloser, ja: „Paritätische Mitbestimmung“ fordern können — „soweit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes noch möglich“!

Aber lassen wir den RCDS seinen Begriff der „funktionsgerechten Mitwirkung“ selbst definieren:

1. Jeder hat „Recht auf Mitwirkung“. Das hatten wir schon.
2. „Keine Mitgliedergruppe darf eine andere aufgrund ihrer Stimmenverhältnisse (wesentlichen Stimmenverhältnisse? d. V.) majorisieren“. Naja, die Geschichte mit dem BVG.
3. „Die Repräsentationsstrukturen richten sich nach den Prinzipien der Qualifikation und der Betroffenheit“. Da wären wir wieder. (Alle Zitate aus dem 2. Flugblatt zum HRG)

Damit jetzt abschließend klar wird, was „funktionsgerechte Mitwirkung“ heißt, präzisiert der RCDS:

„Partizipationsrechte und Repräsentationsstrukturen haben sich nach der Funktion der Hochschule im Sinne ihres Beitrages zu einem humanen gesellschaftlichen Fortschritt zu richten.“ (2. Flugblatt zum HRG)

Alles klar. Vorwärts zum Humanismus mit dem RCDS! Kommen wir anschließend zu einem weiteren heißen Eisen, das der RCDS unerschrocken anfaßt:

### 3. Die „akzeptable Studienreform“

Für eine „akzeptable Studienreform“ fordert der RCDS u. a.: „Rahmenbestimmungen für Prüfungsordnungen dürfen nur allgemeine Qualifikationsanforderungen stellen, jedoch nicht bestimmte Studiengänge vorschreiben.“ (Resolution Punkt B)

Die Logik dieser Forderung ist bemerkenswert:

„Allgemeine Qualifikationsanforderungen“ sollen also gestellt werden, nur dürfen sie nicht in einen bestimmten Studiengang gefaßt werden. Also sollen Prüfungsordnungen verfaßt werden, die sich jedoch nicht auf einen Studiengang beziehen. Na prima, wer hätte sich nicht schon Prüfungsordnungen gewünscht, denen kein Studiengang entspricht; oder umgekehrt: wer wollte nicht Studiengänge ohne Prüfungsordnungen...

Wirklich „akzeptabel“! Was der RCDS wahrscheinlich meint, ist, daß „tätigkeitsfeld“-bezogen qualifiziert werden soll. Damit liegt er hundertprozentig auf der Linie der kapitalistischen Hochschulreformer, die ja aufgrund der schnellen technologischen Veränderungen Leute ausbilden wollen, die sich schnell und ohne Konflikte von einer fachidiotischen Arbeit auf die nächste umstellen können.

Aber es kommt noch besser: „Sie (die Prüfungsordnung, d. V.) müssen in Mitwirkung der Hochschulen erlassen werden“. Wieder so eine revolutionäre Mitwirkungsforderung der jungen Christ-Demokraten. Diesmal sollen die Hochschulen bei der ministeriellen Oktroi politik (die aufgrund des § 10 möglich wird) „mitwirken“ dürfen; etwa so wie die Studenten in den von den Profs beherrschten Gremien?

Frage: Richtet sich auch hier die Mitwirkung nach „der Funktion der Hochschule im Sinne ihres Beitrages zu einem humanen gesellschaftlichen Fortschritt“?

Aber eines muß man dem RCDS zugute halten, daß die Prüfungs- und Studienordnungen demnächst autoritär diktiert werden, wird nicht unnötig problematisiert. Ebensowenig die Tatsache, daß die zentralen Studienreformkommissionen zusammen mit Kapitalistenvertretern und Staatsagenten die Prüfungs- und Studienordnungen ausarbeiten werden.

Kommen wir zur letzten Forderung des RCDS: Er fordert, daß die Hochschulen die Studienreform selber erarbeiten sollen; daß die Reform-Initiative von ihnen ausgehen muß usw. usw. Diese Forderung ist wahrscheinlich älter als die Jungmänner des ganzen RCDS Aachen zusammen.

### Mief aus der Mottenkiste

Entscheidend ist aber die inhaltliche Seite der Studienreform: die Frage: Studium für wen? Wem nützt wissenschaftliche Erkenntnis; wer verfügt darüber? Wer bestimmt, was und wofür wir ausgebildet werden?

Wenn der RCDS sich getraut hätte, einmal in diese Richtung zu fragen, wäre er wahrscheinlich bald darauf gestoßen, daß seine Mäzene, seine ideologischen Ziehväter, oder — um den Korporierten verständlich zu bleiben — seine alten Herren Verbindungs- und anderen Häusern, diese Herren, die demnächst auch noch in den Studienreformkommissionen sitzen werden, daß diese Herrschaften von dieser Ausbildung und dieser Wissenschaft profitieren, um ihre Herrschaft langfristig ökonomisch, politisch zu sichern.

Facit: Die Forderungen des RCDS für ein „akzeptables“ HRG sind politisch reaktionär und inhaltlich teilweise schlicht dummlich. Es werden massenhaft Phrasen gewischt im Stile von „humaner gesellschaftlicher Fortschritt“, wo in Wirklichkeit nichts, aber auch gar nichts hinter steht — außer vielleicht einem unverdauten Konglomerat bürgerlicher Herrschafts-ideologien.

Irgendwo versumpft zwischen Papst und Popper

## „BERLIN“

das Tag- und Nachtcafé

mit

### Charly Flair

duftes Essen und Trinken,  
dufte Musik,  
dufte Bedienung

täglich von 10.00 h mittags bis 3.00 h früh

**Aachen - Rommelsgasse 3**  
(am Couven-Museum)

# Chronik der Unidad Popular 1970-73

## 1970

4. 9. — Allende (Sozialist) erhält nicht die absolute Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen, erreicht aber die Spitze (die Volksfront erhält 36,3 Prozent der Stimmen) vor Alessandri, einem Konservativen, mit 34,98 Prozent und Tomic, einem christlichen Demokraten, mit 27,84 Prozent der Stimmen.

24. 10. — Der Kongreß ratifiziert die Wahl von Allende: Die christlich-demokratische Partei hatte beschlossen für A. zu stimmen, nachdem sie „demokratische Garantien“ erhalten hatte.

4. 11. — Allende löst offiziell Frei (D. C.) an der Spitze des Staates ab. Er richtet sich im Moneda, dem Präsidentenpalais, ein.

12. 11. — Die Regierung erläßt eine Amnestie für die Militanten der revolutionären Linken (während der Regierung Frei im Untergrund).

2. 12. — Erste Enteignungen großer Güter in Übereinstimmung mit dem Gesetz zur Agrarreform

## 1971

7. 1. — Chile und China beschließen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

4. 4. — Bei den Kommunalwahlen erhält die Volksfront 49,75 % der abgegebenen Stimmen.

6. 4. — Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR.

18. 5. — Das DDR („Movimiento de Izquierda Revolucionaria“, d. h. Bewegung der revolutionären Linken) kritisiert zum ersten Mal den „Reformismus“ der Regierung.

11. 7. — Das Parlament beschließt einstimmig die Verstaatlichung des Kupfers. Am 6. Juli hatte die Regierung die Kontrolle über die Vermarktung der gesamten Kupferproduktion des Landes übernommen.

20. 7. — Die Regierung verliert die Kontrolle über beide Versammlungen des Kongresses. Der christdemokratische Abgeordnete Sanhuez wird zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. Da die beiden anderen Mitglieder des Präsidiums Cerda und Fuentes Mitglieder derselben Partei sind, übernehmen die christlichen Demokraten die Kontrolle über das Präsidium des Abgeordnetenhauses. Sie kontrollierten bereits das Präsidium des Senats.

13. 8. — Die Vereinigten Staaten beschneiden Kredite an Chile, indem sie sich einer sehr extensiven Auslegung des Hickenlooper-Amendments, einer bestimmten Verfassungsergänzung bedienen.

28. 9. — Der Regierung zufolge wird die Höhe der Entschädigungen, die man den amerikanischen Gesellschaften schuldet, um den Betrag der „übermäßigen Profite“, die

seit Beginn der Ausbeutung gemacht worden sind, geringer sein.

10. 11. — Fidel Castro trifft zu einem offiziellen Besuch von drei Wochen in Chile ein.

1. und 2. 12. — Gewalttame Demonstrationen in Santiago. Die Frauen der „besseren Stadtviertel“ protestieren gegen die Verschlechterung der Versorgungsanlage. Ausnahmezustand in Santiago.

9. 12. — Die Regierung setzt die freie Austauschbarkeit des Geldes und den Devisenhandel aus. Die auswärtigen Schulden erhöhen sich auf mehr als drei Milliarden Dollar.

22. 12. — Der Kongreß nimmt eine Verfassungsreform an, die vorschreibt, daß die Regierung zukünftig keine Unternehmen mehr verstaatlichen darf außer „mittels eines vom Parlament ausgearbeiteten und angenommenen Gesetzes“. Der Präsident kann dagegen ein Veto einlegen; wenn dieses aber vom Kongreß zurückgewiesen wird, muß ein Volksentscheid angesetzt werden.

25. 12. — Die Minenarbeiter von Chuquicamata fordern drastische Lohnerhöhungen.

## 1972

7. 1. — Allende bildet seine Regierung um, da von der Opposition eine verfassungsmäßige Anklage gegen Toha, den Innenminister, vorgebracht worden ist. Toha wird Verteidigungsminister.

3. 2. — Die Vereinigten Staaten verbinden das Kupferproblem mit den Verhandlungen über die auswärtigen Schulden Chiles.

21. 3. — Der amerikanische Berichterstatter Jack Anderson enthüllt, daß die I. T. T. und der CIA in den Jahren 1970 und 71 eine Verschwörung angezettelt haben, um die Regierung zu stürzen.

1. 6. — Hanoi und Santiago nehmen diplomatische Beziehungen auf.

29. 6. — Die Verhandlungen, die zu Beginn des Monats mit den christlichen Demokraten aufgenommen worden waren, werden unterbrochen.

27. 6. — Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres wird der Innenminister vom Kongreß des Amtes enthoben. Es handelt sich um Del Canto.

21. und 22. 8. — Beginn eines Streiks der Händler und Demonstrationen in den Straßen. In Santiago wird der Ausnahmezustand verhängt.

11. 10. — Im Verlaufe heftiger Auseinandersetzungen, die einen Streik der Fuhrunternehmer charakterisieren, wird in 24 von 25 Provinzen der Ausnahmezustand verhängt. Nun treten die Geschäftsleute in den Streik.

15. 10. — Ein Pariser Gericht ordnet die Pfändung einer Schiffsladung chilenischen

Kupfers an, das für französische Käufer bestimmt ist.

30. 10. — Während der Streik der Lastwagenfahrer sich verschärft, leitet die Opposition ein Verfahren ein, in dem gegen vier Minister eine Verfassungsklage erhoben wird.

2. 11. — Bildung einer neuen Regierung, nachdem die alte am 31. Oktober geschlossen zurückgetreten ist. Drei Militärs treten in sie ein. General Prats, Oberbefehlshaber der Armee, wird Innenminister.

5. 11. — Ende des Streiks der Lastwagenfahrer.

29. 11. — Das Pariser Gericht ordnet die Aufhebung der Maßnahmen an, die gegen die chilenischen Kupferladungen ergriffen worden waren.

## 1973

4. 3. — Parlamentswahlen. Die Opposition behält die einfache Mehrheit in beiden Kammern. Die Volksfront erhält 43,9 % der Stimmen, was als Erfolg für Präsident Allende angesehen wird. Der Block der Oppositionsparteien erhält 54,70 % der Wählerstimmen. Die Stimmen für die kleine sozialistische Splittergruppe USOPO, die keinen Kandidaten durchbringt, zusammen mit den ungültigen Stimmen machen 1,91 % der Wählerstimmen aus.

28. 3. — Die Militärs verlassen die Regierung.

15. 5. — Der Streik der Minenarbeiter der Kupfermine von El Teniente, der schon drei Wochen andauert, verschärft die politische Krise.



Straßenkontrollen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung.

4. 12. — Präsident Allende prangert die Machenschaften der I. T. T. vor den Vereinten Nationen an, bevor er sich in die UdSSR und nach Kuba begibt.

20. 12. — In Washington kommt es zu Vereinbarungen über die Entschädigung der verstaatlichten Kupfergesellschaften.

20. 6. — Der Senat setzt zwei Minister ab.

27. 6. — Nach einem Attentatsversuch gegen General Prats wird in Santiago der Ausnahmezustand verhängt. Am 4. Juli wird er wieder aufgehoben.

28. 6. — Ein Panzerregiment macht einen Aufstand und greift das Präsidentenpalais

an. In drei Stunden wird die Revolte niedergeschlagen. Allende fordert die volle Macht, aber sie wird ihm vom Parlament verweigert.

3. 7. — Ende des Streiks der Minenarbeiter von El Teniente. Er bringt dem chilenischen Staat einen Verlust von mehr als 40 Mill. Dollar.

5. 7. — Bildung einer neuen Regierung ohne die Beteiligung von Militärs.

25. 7. — Die Lastwagenbesitzer lösen einen nationalen Streik aus. Er wird von allen Transportfahrern am 2. August gemeinsam befolgt. Der Helfer Präsident Allendes in der Marine, Kapitän Marin, wird ermordet. Die extreme Rechte und die extreme Linke beschuldigen sich gegenseitig des Mordes.

3. 8. — Die christlichen Demokraten, die in Unterredungen mit der Regierung eingetreten sind, um den Versuch zu unternehmen, der Krise ein Ende zu setzen, stellen Bedingungen, die die Verhandlungen in eine Sackgasse führen.

9. 8. — Ein neues Kabinett, das sechste seit der Machtübernahme der Volksfront, leistet den Eid. Es umfaßt die Befehlshaber der drei Waffengattungen.

12. 8. — Die Regierung ordnet die Requirierung der Fahrzeuge an, die den im Streik befindlichen Lastwagenbesitzern gehören. Diese allerdings haben die Fahrzeuge unbrauchbar gemacht, indem sie wichtige Teile entfernt haben. Die extreme Rechte vervielfacht ihre Attentate.

18. 8. — General Ruiz tritt von seinen Funktionen als Minister der öffentlichen Arbeiten und als Oberbefehlshaber der Luftwaffe zurück.

22. 8. — Das Abgeordnetenhaus nimmt einen Antrag an, der die Koalition der Linken als illegal einstuft und fordert die Militärs auf, zwischen der Exekutive und der Legislative zu wählen.

23. 8. — Allende akzeptiert den Rücktritt von General Prats als Verteidigungsminister und als Oberbefehlshaber des Heeres.

24. 8. — Die Generale Pickering und Sepulveda demissionieren. Ersterer war Direktor aller Militärakademien des Landes, der zweite befehligte die Garnison von Santiago. Sie wurden, wie ihr Chef General Prats, als Anhänger Allendes betrachtet.

27. 8. — Admiral Montero, Oberbefehlshaber der Marine, schiebt seinen Rücktritt vom Posten des Finanzministers auf.

28. 8. — Bildung einer neuen Regierung, die vier Militärs umfaßt.

4. 9. — Fünf Stunden lang ziehen 700 000 bis 800 000 Menschen durch die Straßen von Santiago, um den dritten Jahrestag der Wahl Präsident Allendes zu feiern.

5. 9. — Zehntausende von Frauen fordern in den Straßen von Santiago den Rücktritt von Präsident Allende.

7. 9. — Präsident Allende strebt eine Volksabstimmung an und nimmt den Dialog mit den christlichen Demokraten wieder auf.

Fortsetzung von Seite 1

## Unterstützt den Widerstand des chilenischen Volkes

Man muß sich vor Augen führen, daß die Regierung der UP während ihrer gesamten Amtszeit zu kämpfen hatte, und die sie nicht lösen konnte. Das Problem läßt sich im Grunde in einem einzigen Satz zusammenfassen: da die UP den bürgerlichen

September ermöglichten, läuft gleichzeitig auf die Analyse der Schwierigkeiten hinaus, mit denen die Regierung der UP während ihrer gesamten Amtszeit zu kämpfen hatte, und die sie nicht lösen konnte. Das Problem läßt sich im Grunde in einem einzigen Satz zusammenfassen: da die UP den bürgerlichen

Gemeinsame Erklärung der Chile-Komitees aus der Bundesrepublik und Westberlin  
Frankfurt a. M.

Parteien, die die Regierung der Putschisten getragen haben, durchaus heterogene soziale Kräfte repräsentiert und daher auch in ihren politischen Zielvorstellungen sich erheblich unterschieden haben. Der rechte Flügel der UP, dominiert v. a. von der KP, strebte ein Bündnis des Industrieproletariats und der Angestellten mit der kleinen und mittleren Bourgeoisie an, die zwar daran interessiert sein mußte, den Einfluß des ausländischen Kapitals in Chile einzudämmen und die Macht der Großkonzerne zu beschränken, die aber weitergehende Sozialisierungsmaßnahmen und die Mobilisierung der Massen als Bedrohung ihres Eigentums und ihrer Privilegien kategorisch ablehnte. Um dieses Bündnisses mit dem Mittelstand willen war insbesondere die KP bereit, auf große Teile des sozialrevolutionären Programms der UP zu verzichten, die Verstaatlichungen zu stoppen, die Entwaffnung der Massen zu akzeptieren und überhaupt alle illegalen Aktionen der Massen nicht nur zu verurteilen, sondern auch durch Polizeieinsätze zu unterdrücken. Die KP führte eine heftige Kampagne gegen den angeblichen Linksradikalismus der MIR, der „Bewegung der revolutionären Linken“, und hat, etwa durch ihr Verhalten bei den Auseinandersetzungen in Concepcion im Frühjahr 1972 oder während der zweitägigen Besetzung des Badeortes Constitution durch das Volk im April 1973 auch praktisch gezeigt, was für einen Begriff von proletarischer Politik sie hat.

Demgegenüber radikalisierten sich Teile der sozialistischen Partei der MAPU und der IC (das ist eine linke Abspaltung der Christdemokraten) immer mehr und erkannten immer deutlicher, daß der Weg zum Sozialismus nur dann erfolgreich weitergeführt werden konnte, wenn er sich auf die Macht der Massen selber stützte. Ihre Kader beteiligten sich ak-

trieben teilweise seine Bewaffnung. Das rückte sie politisch immer mehr in die Nähe der MIR mit dem sie in den kommunalen und Arbeiterräten auch praktisch zusammenarbeiteten. Politisch zielten sie zunehmend auf ein revolutionäres Bündnis der Industrie- und Grubenarbeiter mit den armen Landarbeitern und Pobladores; sie waren davon überzeugt, daß, um den Sozialismus in Chile zu verteidigen und endgültig durchzusetzen,



Massengräber in den Straßen Santiagos.

## Nixon, Frei und Pinochet

Nixon, Frei und Pinochet,  
Bis heute, bis zu diesem  
Bitteren Monat September  
Des Jahres 1973  
Wie Bordaberry, Garrastazu und Banzer  
Gefräßige Hyänen  
Unserer Geschichte,  
Nagetiere  
Die anfressen Fahnen der Einheit  
Voll Blut und Feuer,  
Nun besudelt in ihren Krallen,  
Höllisches Raubzeug, Satrapen,  
Tausendfache Ausverkäufer  
Und Ausverkaufte,  
Angestachelt  
Von den New Yorker Bestien,  
Maschinen gierig nach Qualen,  
Befleckt vom Opferblut  
Ihrer gemarterten Völker,  
Huren der Handelsherren,  
So recht nach Amerikas Dufthauch,  
Tolle Abfallköder, Halsabschneider, Pack  
Von Bordellpolitikern — Bossen:  
Ihr einziges Recht ist die Folter  
Und der Hunger, der ihre Völker peitscht.

Pablo Neruda  
(15. September 1973)  
übersetzt von Erich Fried

Bordaberry — Präsident von Uruguay,  
Terrorregime; Ausnahmezustand  
Banzer — faschistischer Diktator in Bolivien,  
seit Putsch 1970 an der Macht

der bewaffnete Kampf auf die Dauer unvermeidbar sei.

6. Es scheint sich folgendes Bild zu ergeben: **die historische Aufgabe der UP bestand vor allem darin, die unterdrückten Klassen des chilenischen Volkes zu mobilisieren, das Niveau ihres politischen Bewußtseins zu heben und sie organisatorisch zu vereinheitlichen durch die zeitweilige Spaltung der herrschenden Klassen, durch die — freilich nur allzu kurz währende — Neutralisierung von Teilen des Mittelstandes gelang es ihr, die Bedingungen für den revolutionären Kampf erheblich zu verbessern.** Diesen Kampf selbst konnte sie noch nicht führen. **Dabei wuchs die innere Dynamik des Klassenkampfes über das Volksfrontmodell hinaus.** Als die Alternative unausweislich wurde: entweder um des bloßen Überlebens willen, mit dem Mittelstand — und das hieß auch: mit dessen politischer Partei, den Christdemokraten — zusammenzuarbeiten und dafür die Hoffnungen auf den Sozialismus zu begraben, oder: sich endgültig von der Bindung an die bürgerlich-demokratischen Institutionen zu lösen, das Volk zu bewaffnen und den Bürgerkrieg zu riskieren — als diese Alternative unausweislich wurde, wurde das Volksfrontbündnis von der Geschichte überholt. Tragisch ist, daß der Putsch der rechten Generäle dieser Entwicklung zuvorkam.

7. Eine Analyse der Faktoren, die den zumindest vorläufigen Sieg der Reaktion am 11.

Staatsapparat nicht zerschlagen konnte, und das konnte sie tatsächlich nicht, das ist nicht einfach eine Frage marxistischer revolutionärer Entschlossenheit, sondern **realer Machtverhältnisse** — da sie den bürgerlichen Staatsapparat nicht zerschlagen konnte, wurde schließlich sie selber von dem Apparat zerschlagen.

Die Volksfront hatte nicht nur den US-Imperialismus gegen sich, der schon 1970 mit allen Mitteln versucht hatte, den Machtantritt Allendes zu verhindern; sie mußte nicht nur gegen eine bürgerliche Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses regieren, die spätestens seit dem Sommer 1971 jeden Gesetzesentwurf der Volksregierung torpedierte und darüber hinaus eine Reihe eigener reaktionärer Gesetzesinitiativen — etwa zur Beschränkung der Verstaatlichungen und zur Entwaffnung des Volkes — durchbrachte; die Volksfrontregierung mußte darüber hinaus von ihren bürgerlichen Vorgängerinnen einen juristisch-administrativen Beamtenapparat übernehmen, der ihre sozialrevolutionären Projekte zu hintertreiben versuchte, wo er nur konnte. Eine Säuberung dieses Apparats war nicht möglich: nicht nur fehlte es für diese administrativen Aufgaben an qualifizierten und gleichzeitig politisch die Partei des Sozialismus ergreifenden Arbeitskräften — ohnedies wurde nur allzu viel von der politischen Substanz der Linken durch die Arbeit in den bürokratischen Apparaten, in den staatlichen und regionalen Planungskomitees usw. absorbiert — sondern die christdemokratische Regierung Frei hatte in letzter Minute vorsorglich noch ein Gesetz verabschiedet, das die Entlassung beamteter Funktionäre grundsätzlich untersagte. Ganz ähnlich war die Situation in den verstaatlichten Gruben und Großbetrieben: die höheren Angestellten, das technische und Verwaltungspersonal war politisch mittelständisch orientiert; auch sie konnten nicht ausgewechselt werden, da es entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte nicht gab. Hinzu kommt, daß sich über zwei Drittel der Massenkommunikationsmittel, der Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehkanäle in der Hand der Bourgeoisie befanden, die so ihre permanente konterrevolutionäre Kampagne in aller Öffentlichkeit durchführen und sich auf diese Weise einen entscheidenden Vorteil beim Kampf um die politisch schwankenden Schichten des Volkes sichern konnte.

Den Ausschlag zugunsten der Reaktion gab einmal mehr das Militär und die kasernierte Polizei. Die Legende von der neutralen Rolle der Streitkräfte wurde ein weiteres Mal Lügen gestraft. Von der Bourgeoisie und ihrer Presse zum Schiedsrichter im Klassenkampf, zum interessellosen Hüter der Verfassung stilisiert, hat vielmehr auch die chilenische Armee nie aufgehört, der verlängerte Arm der Bourgeoisie, ihre verlässlichste Waffe zu sein. Daß die Armee vor 1970 kaum in die Lage geriet, für sich selbst Machtansprüche zu stellen, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Es wäre töricht anzunehmen, die Führer der UP seien von der bedingungslosen Loyalität der Truppen überzeugt gewesen. Solche Narren waren sie zweifellos nicht. Da sie aber das Militär nicht einfach entwaffnen oder auflösen konnten — jeder Schritt in diese Richtung wäre für die Reaktion das Signal zum sofortigen Losschlagen gewesen — mußten sie zwangsläufig versuchen, das Militär politisch auf ihre Seite zu bringen oder es

Der Griff des chilenischen Militärs nach der Macht war offensichtlich das letzte Mittel der verschiedenen chilenischen und ausländischen Kapitalisierungsgruppen, soziale Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, wie sie von der Regierung der Volkseinheit angestrebt wurden, zu verhindern. Der Militärputsch richtete sich nicht allein gegen eine demokratisch gewählte Regierung, sondern vor allem auch gegen die Organisationen der chilenischen Arbeiter und Bauern, die bereit sind, für ihre Errungenschaften, ihre Fabriken, ihr Land und nicht zuletzt für ihr Leben zu kämpfen.

Die Kapitalkräften und bevorrechtigten Klassen Chiles hatten bereits vor dem Putsch mit allen Mitteln ihrer wirtschaftlichen Macht, aber auch mit Terror und bürgerkriegsartigen Aktionen versucht, Chaos im Land herzustellen. Nun stellen dieselben gesellschaftlichen Kräfte den Gewaltstreich des chilenischen Militärs als Rettung aus dem Chaos dar, das sie selbst anzurichten bemüht waren.

Dieses Vorgehen zeigt beispielhaft: Das Kapital läßt die Regel der bürgerlichen Demokratie immer dann bedenkenlos fallen, wenn sich diese gegen Kapitalinteressen auszuwirken drohen.

Der Putsch erfolgte in Kooperation mit imperialistischen Staaten, an ihrer Spitze die USA, die bereits vorher keine Mittel — von der Einmischung der IIT über Kreditschikanen bis zum Kupferboykott — gescheut hatten, um die Regierung der Volkseinheit zu stürzen. Hinter der Fassade von Entspannungspolitik sind die USA bemüht, soziale Befreiungsbewegungen in Lateinamerika zu liquidieren.

Wir müssen gegenüber dem bürgerlichen Gewaltstreich in Chile jetzt international dieselbe Solidarität entwickeln, mit der in den vergangenen Jahren die Befreiungsbewegung in Vietnam unterstützt wurde. Wir müssen bewußt machen: gegenüber dem Bruch bürgerlicher demokratischer Legalität in Chile durch Kapital und Militär ist jedes Mittel proletarischer Gegen-

gewalt legitim. Die Errungenschaften der Arbeiter können nur die Arbeiter selbst verteidigen und weiterentwickeln.

Die in Frankfurt versammelten Chile-Komitees aus 12 Städten der BRD und Westberlin einigen sich darauf, ihre Bemühungen zu koordinieren, um vor allem folgenden Aufgaben zu erfüllen:

1. Informationen zu verbreiten: Über den Kampf des chilenischen Volkes, seine Organisationen und seine Errungenschaften während der letzten Jahre, über den Kampf des chilenischen Volkes und seiner Organisationen gegen die faschistische Militärjunta, gegen Bourgeoisie und Imperialismus.
2. Politische und materielle Aktionen der Solidarität für diesen Kampf und für die Opfer der Unterdrückung in Chile, die sich auch gegen die Exillateinamerikaner in Chile richtet, zu organisieren und zu unterstützen.
3. Druck auf die Bundesregierung, auf nationale und internationale Organisationen auszuüben, um jede Zusammenarbeit mit der Militärjunta zu verhindern und die Unterstützung des chilenischen Widerstandes zu erreichen.

Die in Frankfurt versammelten Vertreter der Chile-Komitees empfehlen den Komitees:

1. die Solidarität für den chilenischen Widerstand so zu gestalten, daß unterschiedliche parteipolitische Interessen die Solidaritätsarbeit nicht behindern,
2. die Mitarbeit in den Komitees allen zu ermöglichen, die mit den Zielen dieses Aufrufes übereinstimmen,
3. eine enge Zusammenarbeit mit den Organisationen der lateinamerikanischen Studenten in der BRD und Westberlin anzustreben.

Solidarität für den Sieg der chilenischen Arbeiterklasse!

Der Kampf geht weiter!

Frankfurt, den 30. 9. 1973

zumindest so lange wie möglich zu neutralisieren. Die mehrfache Hineinnahme von Generälen in die Regierung, die Beteiligung der Armee an der Alphabetisierungskampagne und an der Aktion der „freiwilligen Arbeit“ bezeichnet Versuche, die Kluft zumindest zwischen Teilen der Armee und dem Volk zu schließen. Daß diese Politik nicht erfolgreich war, wissen wir heute; ob sie restlos gescheitert ist, wird sich erst daran erweisen, ob Teile der Armee, zumal der unteren Dienstgrade, dem sich entfaltenden Widerstand gegen die Militärjunta sich anschließen werden.

8. Die Frage, wie heute, knapp zwei Wochen nach dem blutigen Putsch, die Perspektive des revolutionären Kampfes in Chile einzuschätzen ist, läßt sich kaum schon schlüssig beantworten. Eine militärische Entscheidungsschlacht zwischen bewaffneten Arbeitern und Bauern und dem Militär steht sicherlich nicht unmittelbar auf der Tagesordnung. Dazu ist die militärische Überlegenheit

der Armee vorerst zu groß. Sie hat gezeigt, daß sie nicht davor zurückschreckt, mit Flugzeugen und Panzern das Volk zusammenzuschießen. Andererseits scheint es sowohl aus geographischen, als auch aus wirtschaftlichen und politischen Gründen fast ausgeschlossen, daß die Junta tatsächlich und dauerhaft das Land unter ihre Kontrolle bringen kann. So zeichnet sich die **Perspektive eines langwierigen Guerilla- und Bürgerkrieges ab.** Dessen Chancen, das zumindest kann ohne leeren deklamatorischen Optimismus gesagt werden, sind heute größer, als sie es noch 1970 im Falle eines erfolgreichen rechten Putsches bereits vor dem Amtsantritt Allendes gewesen wären. Ob dieser Kampf erfolgreich sein wird, das hängt nicht zuletzt ab von der praktischen Solidarität des internationalen Sozialismus.

(Aus: Revolution und Konterrevolution in Chile, Militärkomitee, Hannover 1973)

## Generalsstiefel

### Telegramm an einen chilenischen Freund

Vielleicht bist Du schon hinter Gittern  
wenn ein Zufall dir nicht geholfen hat  
vielleicht willst Du mir,  
ungeachtet der Entfernung, zurufen  
aber Du kannst nicht —  
weil in Deinem Mund ein Generalsstiefel steckt  
die Revolution kann niemand niederwerfen —  
nur für eine kurze Zeit  
kann sie unterdrückt werden  
dazu hat der Feind die Macht . . .  
Der Henker säubert seine Stiefel vom Blut  
und wird davon müde und schwitzt  
aber das Antlitz des ermordeten Allende  
erscheint in dem schwarzen Spiegel  
der Generalsstiefel . . .  
Es kommt die Stunde  
dann ist das Volk an der Reihe  
alle Spuren der Generalsstiefel  
wird es auf den Seiten der Geschichte Chiles  
vorweisen  
und die Abdrücke aller Finger  
die das Volk gewürkt haben.

Jewgenij Jewtuschenko  
(September 1973)

## Chile: Jetzt investieren!

Zur Neuankurbelung aller Wirtschaftszweige bieten sich außergewöhnliche Möglichkeiten, ebenso auf dem Immobilien-Sektor. Gesucht wird Kapital und Know-how. Wir bieten Koordination über das seit 25 Jahren bestehende Büro unseres Partners in Santiago. Unser Partner ist hier und reist in Kürze nach Chile zurück. Anfragen an:

Rückert VDM, 8022 Gröndwald bei  
München, Primelweg 5  
Telefon 06 11 / 6 41 18 55

## General!

General, dein Tank ist ein starker Wagen.  
Er bricht einen Wald nieder  
und zermalmt hundert Menschen.  
Aber er hat einen Fehler:  
Er braucht einen Fahrer.  
General, dein Bombenflugzeug ist stark.  
Es fliegt schneller als ein Sturm  
und trägt mehr als ein Elefant.  
Aber es hat einen Fehler:  
Es braucht einen Monteur.  
General, der Mensch ist sehr brauchbar.  
Er kann fliegen und er kann töten.  
Aber er hat einen Fehler:  
Er kann denken.

(Bertolt Brecht, 1939)



## Chile-Solidarität im Ausland

Von der Weigerung der Hafendarbeiter in verschiedenen westeuropäischen Ländern, für die chilen. Junta bestimmte Waffenlieferungen zu verladen, bis zu Blut- und Geldspendeak-

tionen letzten Monaten nach dem Abflauen der Vietnam-Kampagnen mehr und mehr verbläßt ist, steht jetzt durch die aktuellen Ereignisse in Chile (aber auch in Nahost) wieder

Ereignissen in Chile — praktische Gegenauflärung gegen die Märchen von der Notwendigkeit eines militärischen Präventivschlages gegen einen schwebenden Fels.

## Befreiungskampf in Guinea-Bissau

Im Laufe des letzten Jahres sind unter der Führung der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und der kapverdischen Inseln (PAIGC) zum ersten Mal in der Geschichte des Volkes von Guinea-Bissau allgemeine Wahlen für eine nationale Volksversammlung durchgeführt worden. Auf ihrer Sitzung vom 24. September 1973 hat diese Nationalversammlung ihre ersten Aufgaben erfüllt, die Unabhängigkeit der Republik Guinea-Bissau proklamiert, die Verfassung feierlich bekanntgegeben und staatliche Exekutivvorgänge geschaffen.

Für das Volk von Guinea-Bissau löst die Ausrufung der Unabhängigkeit den Widerspruch auf, daß es schon seit Jahren über politische, administrative, juristische, militärische, soziale und kulturelle Institutionen verfügt, auf internationaler Ebene aber keinen rechtlichen Status besitzt. Es hat sich damit die Grundlagen geschaffen, um sein unveräußerliches Recht auf nationale Selbstbestimmung auszuüben, woran es von den portugiesischen Kolonialisten in jahrhundertelanger Fremdherrschaft gehindert worden ist. Es hat sich die Instrumente gegeben, um wirkungsvoll die Probleme des Landes zu lösen und den Kampf um die Befreiung des ganzen Gebietes von Guinea-Bissau, der Bissagos- und kapverdischen Inseln erfolgreich zu Ende zu führen. Es hat einen wichtigen Schritt getan, die portugiesischen Kolonialisten weiter zu isolieren und hat bewiesen, daß sie und ihre imperialistischen Verbündeten nicht länger ungestört die Völker der Armen Welt ausbeuten und unterdrücken können.

### Die Unabhängigkeitserklärung der Republik Guinea-Bissau ist das Ergebnis eines langen, erfolgreichen Kampfes.

1956 gründete ein Kreis von Patrioten um Amílcar Cabral im Untergrund die PAIGC. Der Führungskern rekrutierte sich aus einer Gruppe afrikanischer Intellektueller, die den Widerstand gegen die Unterdrückung der afrikanischen Kultur durch Gründung von Sport- und Kulturvereinen zu organisieren versuchten. Sie waren dabei der Meinung, dies innerhalb des portugiesischen Kolonialsystems durchführen zu können. Als diese Vereine verboten wurden, erkannten sie, daß zur Erhaltung ihrer eigenen Identität und der Wiedergewinnung einer eigenen Geschichte die Beseitigung der Kolonialherrschaft unumgänglich war. Die Partei begann, sorgfältig Zellen aufzubauen, Streiks, Demonstrationen und Petitionen zu organisieren. Besonderen Erfolg hatte sie dabei unter den Hafen- und Flußtransportarbeitern. Doch am 3. August 1959 wurde der Streik der Hafenarbeiter von Pidjiguiti von den Portugiesen blutig niedergeschlagen und 50 Arbeiter getötet. Die PAIGC zog daraus die Lehre, daß sie ihr Ziel nur durch die Mobilisierung aller Teile des Volkes, besonders aber der Bauern, und durch Waffengewalt erreichen konnte. Kader wurden ausgebildet und aufs Land geschickt, die Gewinnung der ländlichen Bevölkerung für den Unabhängigkeitskampf und ihre Organisation in Angriff genommen. Nach intensiver politischer Vorbereitung begann 1963 die direkte militärische Auseinandersetzung mit der portugiesischen Kolonialarmee. Trotz massiver Truppenerhöhungen und wachsender

bei 99%. Bis 1961 gelang es nur 14 Afrikanern, einen Hochschulabschluß zu erreichen. 1966/67 wurden in 195 Schulen in den befreiten Gebieten bereits 15 000 Schüler unterrichtet, wobei sie mit der Geschichte und dem Kampf des eigenen Volkes vertraut gemacht werden. Die Schulen der Kolonialisten, in denen die wenigsten eine abgeschlossene Ausbildung erhalten konnten, haben sich im Zuge der fortschreitenden Befreiung des Landes von 226 auf 108 Schulen verringert. Das koloniale Wirtschaftssystem war ganz auf die Produktion für den Weltmarkt ausgerichtet, jetzt lernte die ländliche Bevölkerung für ihre eigenen Bedürfnisse zu produzieren und die Selbstversorgung genossenschaftlich zu organisieren. Die Volkskläden schalteten den ausbeuterischen Zwischenhandel aus.

Deshalb steht das Volk hinter der PAIGC und nicht hinter den portugiesischen Besatzern. Dies hat auch die Uno anerkannt. Im April 1972 überzeugten sich Mitglieder der UN-Sonderkommission für Entkolonisierung von den Fortschritten der politischen und militärischen Aufbauarbeit in den befreiten Gebieten. Die PAIGC wurde als rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Guinea-Bissau und der kapverdischen Inseln anerkannt und erhielt Beobachterstatus bei der Uno. Die diplomatische Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau durch viele befreundete Staaten ist ein weiterer Schritt zur Isolierung des faschistischen Kolonialregimes in Lissabon.

Trotz weltweiter Verurteilung weigern sich die portugiesischen Kolonialisten weiterhin, die Erfolge der PAIGC anzuerkennen oder auch nur mit ihr in offizielle Verhandlungen zu treten. Auch im eigenen Land wächst der Widerstand, denn Teile der Opposition haben die Republik Guinea-Bissau anerkannt, andere fordern die Regierung auf, mit der PAIGC Gespräche aufzunehmen. Die herrschenden Schichten Portugals und ihre Regierung haben aber ein vitales Interesse an der Erhaltung ihres Herrschaftsanspruchs. Mit der feigen Ermordung von Amílcar Cabral am 20. 1. 1973 durch bestochene Agenten haben sie bewiesen, daß ihnen sehr daran gelegen ist, die PAIGC zu spalten und die Bewegung zu liquidieren. Sie fürchten, daß der Sieg der PAIGC die kämpfenden Völker der übrigen portugiesischen Kolonien ermutigt. Ebenso wird sie die Entschlossenheit der übrigen Völker Afrikas stärken, den Kampf gegen Neokolonialismus und Imperialismus für die Erringung der völligen Unabhängigkeit voranzutreiben. Die imperialistischen Länder teilen das Interesse Portugals, die Anerkennung einer Regierung zu hintertreiben, welche die Sache des Volkes von Guinea-Bissau und den kapverdischen Inseln vertritt und entschlossen gegen Kapitalismus und Imperialismus kämpft.

### Papst um Nazareth besorgt

Rom (AP). — Papst Paul hat sich nach Angaben aus dem Vatikan besorgt um die Erhaltung der heiligen Stätten im

... in den deutschen Um-Städten, vom prompten Abbruch der schwedischen Entwicklungshilfe für Chile bis zur Distanzierung der italienischen Demokrazia Christiana von ihrer chilenischen Schwesterpartei, vom Solidaritätsaufruf der Sozialistischen Internationale und der nationalen und regionalen Chile-Komitees bis zu den massenhaften Solidaritätsparolen an den Hauswänden auch der letzten kleinen Dörfer in Italien oder Frankreich, von den kleinen und großen Medikamentsammlungen bis zu den massenhaften Protestschreiben demokratischer, antifaschistischer und sozialistischer Institutionen oder Individuen — reicht nach dem Putsch der rechten Militärs das Spektrum antiimperialistischer Solidarität mit dem chilenischen Volk.

Der Begriff der antiimperialistischen Solidarität, der bei uns in Westdeutschland in den

unmittelbar auf der Tagesordnung. Dabei können wir wohl von unseren Genossen in Frankreich und Italien einiges lernen.

In den Tagen nach dem Putsch fanden hier eine große Zahl spontaner Demonstrationen statt. Städte und Dörfer veränderten über Nacht ihr Gesicht durch eine Vielzahl von Parolen und Plakaten an den Häuserwänden („Chile — das 2. Vietnam“, „Freiheit für die politischen Gefangenen in Chile“, „Tod dem Faschismus“, etc.), Stadt- und Gemeinderäte auch in kleinsten Kommunen fassen einhellige Resolutionen, Protestschreiben und Aufrufe zur Solidarität mit dem unterdrückten chilenischen Volk ab (Kommunevertretungen in denen von der DC bis zur PCI alles vertreten ist!!).

Die liberalen und linken Zeitungen berichten täglich mit ungewöhnlichem Umfang von den

—; so hielt etwa die französische Le Monde in den Tagen nach dem 11. 9. die ersten zehn Seiten jeder Ausgabe für Nachrichten und Hintergrundinformation über Chile frei.

In Italien forderten linke Tageszeitungen ihre Leser zu Spenden auf; dabei kam Il Manifesto innerhalb von 3 bis 4 Tagen allein in Rom auf ca. 1.366.000 L (ca. 5500 DM); Lotta Continua konnte allein in den ersten 9 Tagen nach einem Spendenaufruf für die Bewaffnung der MIR über 20.000.000 L (ca. 80.000 DM) nach Chile überweisen.

Über Möglichkeiten in Deutschland und speziell in Aachen, Solidarität mit dem Befreiungskampf des chilenischen Volkes zu üben, können Euch die Leute am Chile-Stand in der Mensa genauer informieren.

Spendet auf das Konto der Chile-Hilfe: Nr. 207/0001 Deutsche Bank: „Hilfsaktion Chile.“

# 16 Monate Mietstreik in den Wohnheimen

In den Wohnheimen des Studentenwerks (SW) wird seit 16 Monaten gestreikt, d. h.: Über 90 % der Bewohner zahlen die Miete von 95 DM und nicht die erhöhte und nicht sozial tragbare Miete von 115 DM.

Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Wissenschaftsminister (WiMi), SW und Studenten war es zu mehreren Prozessen gekommen, einmal zu 6 Räumungsklagen und zum anderen zu etlichen Zahlungsbefehlen. In der ersten Instanz wurden bisher alle anhängigen Verfahren zugunsten der Streikenden entschieden. Ein Vorschlag der Professoren im SW-Vorstand auf Berufung gegen dieses „für das SW so ungünstige Urteil“ war von den Studenten im Vorstand einstimmig abgelehnt worden.

Zur Zusammensetzung des Vorstandes ist folgendes zu sagen: Nach § 4 (1) der Satzung des SW Aachen e.V. in der Fassung vom 26. Mai 1961 besteht der Vereinsvorstand aus 5 Mitgliedern und zwar 2 Dozenten, dem Kanzler und 2 Studenten. § 4 (4) Vereinsatzung bestimmt, daß der Vorstand mit 4/5-Stimmenmehrheit beschließt.

Das SW konnte durch seinen Geschäftsführer also nicht im Sinne einer Berufung gegen das Urteil tätig werden. Dagegen war der Geschäftsführer in anderer Richtung sehr aktiv: Er informiert den WiMi über den Prozeß und ließ ihn über die Prozeßakten verfügen. Das ließ den WiMi natürlich prompt und unmißverständlich reagieren. Angesichts der ungeheuren „Bedrohung“ der gesamten Sozialpolitik kam die Ministerialbürokratie wahnsinnig schnell in Schwung.

Am letzten Tag vor Inkrafttreten des Urteils legte das Wissenschaftsministerium als Nebenkläger (Nebeninterventient) beim Aachener Landgericht Berufung gegen 3 der Räumungsklagen ein.

Man sieht daran wohl überdeutlich, daß die Justiz es ganz besonders eilig hat, wenn der WiMi sich bedroht fühlt und auch so etwas wie die „soziale Marktwirtschaft“ das „Sozialmängelchen“ zu verlieren droht. Jedenfalls wurde schnellstens die Ferienkammer des Landgerichts bemüht, die am 21.9.1973 das Urteil „Klage stattgeben“ verkündete. Eine schriftliche Urteilsbegründung ist uns seitdem noch nicht zugegangen.

**TRIKONT**  
8 München 80 Josephsplatz 16

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. **Multinationale Betriebsarbeit der Gruppe „Arbeits-sache“ in München**

Die Entwicklung eines Ansatzes von revolutionärer Betriebsarbeit seit 1970. Dargestellt werden einerseits politische Grundpositionen: die Notwendigkeit für eine wirklich multinationale Organisierung/die Untersuchungsarbeit/Arbeiterautonomie/Externe Arbeit etc. Andererseits die wichtigsten Kampagnen und Ereignisse im Betrieb bis 1972.

180 S. DM 6,-80

Ton Steine Scherben  
**Keine für Macht Niemand**  
1972, Politrock Album 2  
LP-s 33/30 Best.Nr. L1 20,-

Index NEU  
von der Politrockgruppe  
KomKol  
LP 33/30 Best. Nr. L28 DM 15,00

Marxistische Aufbauorganisation Frankfurt. Die Krise der kommunistischen Parteien/Probleme der gegenwärtigen Revisionskritik. Das Problem der „Revisionskritik“ als Problem des Verhältnisses von bürgerlicher und proletarischer Revolution — anhand der Darstellung der KPD-Politik von 1945-1953 (1. Demokratischer und sozialistischer Kampf der KPD nach 1945. 2. Bürgerliche und proletarische Revolution in der Theorie Lenins. 3. Zur Analyse der westdeutschen Studentenbewegung.) 309 Seiten DM 16,80

SCHALLPLATTEN  
aus Afrika, Irland, Lateinamerika, Vietnam, USA, ITALIEN

Arbeits-sache  
**Wir befreien uns SELBST**  
LP 33/30 DM 15,00

Zur Zeit läuft gegen die Mitglieder des Trikont-Verlags ein Verfahren wegen „Staatsverleumdung“. Anlaß ist die Platte WIR BEFREIEN UNS SELBST von der Gruppe Arbeits-sache München, wo wahrheitsgemäß gesagt wird, daß in diesem Staat Menschen am Fließband kaputtgemacht werden. Hausbesitzer Leute terrorisieren. Jugendliche unterdrückt werden.

## Was bedeutet das alles für den Miet-Streik!

Dieser Streik hat scheinbar 2 Ebenen, eine juristische, die bisher immer überbetont wurde, und eine politische, die durch die Intervention des WiMi offensichtlich wurde.

Perspektiven des Mietstreiks		
juristische Mittel ausschöpfen, um dem WiMi weiter geschlossen gegenüberzutreten!	Verallgemeinerung des Problems des studentischen und sozialen Wohnens. Einordnung des Mietstreiks in eine Wohnungskampagne	Selbstverwaltung Ausschöpfen der Bestimmungen des neuen SW-Gesetzes

Der juristische, also mehr formale, Aspekt des Mietstreiks stellte sich bisher so dar:

Es bedurfte einer unendlichen Kleinarbeit und unzähligen Überprüfungen der Bilanzen des SW, um die Prozesse zu führen, die im Laufe des Streiks gegen Heimbewohner angestrengt wurden. Es gelang nicht, den Hauptgesichtspunkt der Mieterhöhung, nämlich die Tatsache, daß sie eine existenzielle Gefahr für die Heimbewohner war und sein wird, herauszuarbeiten. Der Aspekt der sozialen Untragbarkeit der Mieten ging am Anfang mehr aus prozeßtaktischen Gründen in der Feststellung unter, daß die neue Miete von 115 DM aus falschen Kostenberechnungen herrührten.

In keinem Prozeß gelang es daher, die Forderung nach sozial tragbaren Mieten (natürlich nicht nur in Studentenwohnheimen) überzeugend zu stellen. Man muß eben ganz klar sehen, daß die WiMi die Interessen des Marktes (also des Kapitals der Grundbesitzer, Wohnungsbaukonzerne) im Auge hat, während die Studenten und alle anderen sozial Schwachen nicht anders können, als ihr Interesse an sozial tragbaren Mieten konsequent durchzusetzen.

Als Perspektive im Kampf der Streikenden für sozial tragbare Mieten bietet sich die Selbstverwaltung der Wohnheime an.

Das neue Studentenwerksgesetz gibt dem WiMi alle Mittel in die Hand, nun die SW direkt zu lenken. Beschleunigt durch verschiedene Mietstreiks wurde dieses Gesetz durch die Gesetzgebungsmaschine gejagt. Die im Studentenwerksgesetz festgeschriebene Umwandlung der SWE in öffentlich-rechtliche Anstalten muß über die Zustimmung der SW-Vorstände erfolgen. Hier besteht die Möglichkeit, durch die o. g. Zusammensetzung des Vorstandes, eine derartige Umwandlung zu verhindern und damit den Weg zur Selbstverwaltung der Heime zu bereiten.

die Kolonialherren nicht verhindern, daß ihnen das kleine, aber entschieden kämpfende Volk Stück um Stück des Landes entriß. Seine Kampfstärke ist so groß, daß heute 3/4 des Gebietes von Guinea-Bissau fast in den Händen der Befreiungsbewegung sind und die Hälfte der Bevölkerung im befreiten Teil des Landes lebt. Die portugiesische Armee muß immer mehr Stützpunkte aufgeben oder aus der Luft versorgen.

## Charly's „Leierkasten“

### Kleindeutsches Mutterhaus

### Büchel 14

Worauf beruhen die Erfolge der Befreiungsbewegung?

Nur durch Kampf aller Teile des Volkes und auf allen Ebenen, auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer, diplomatischer und militärischer, konnten diese Erfolge errungen werden. Dabei besitzt das Politische absoluten Vorrang vor dem Militärischen. Gerade die Bauern, die nicht bloß den Großteil der Bevölkerung darstellen, sondern in der Handlaskolonie Guinea-Bissau auch die Hauptlast der Ausbeutung trugen, mußten erst vom Ausmaß dieser Ausbeutung überzeugt und angeleitet werden, ihr Geschick in ihre eigenen Hände zu nehmen. Neben den regulären Guerillaeinheiten wurden Volksmilizen zur Verteidigung der befreiten Gebiete aufgebaut. Vor allem aber lernten die Massen immer besser, aus eigener Kraft ihr tägliches Leben zu organisieren, in demokratisch gewählten Dorfkomitees sich selbst zu regieren, in Volksgerichtshöfen Rechtsgewalt auszuüben, ein Gesundheits- und Erziehungswesen aufzubauen und die Verteilung ihrer Produkte in Volksläden selbst in die Hand zu nehmen. Damit übten die Kolonialisten in keiner Weise mehr Verwaltungshoheit über die befreiten Gebiete aus. Was diese in „jahrhundertelanger zivilisatorischer Mission“ nicht zustande gebracht hatten, schufen sich Bauern, Arbeiter, Angestellte freier Berufe, Männer und Frauen in wenigen Jahren selbst. Unter portugiesischer Herrschaft gab es nur wenige, auf die Städte beschränkte Krankenhäuser und Schulen. In den befreiten Gebieten sind zahlreiche medizinische Versorgungszentren entstanden, von Erste-Hilfe-Posten bis zu Krankenhäusern. Die Zahl des Pflegepersonals wurde verzehnfacht. Zu Beginn des bewaffneten Kampfes lag die Analphabetenrate

Nahen Osten geäubert und die am Krieg beteiligten Länder in Botschaften aufgefordert, die heiligen Stätten in ihren Kämpfen auszusparen.

Denn eine solche Regierung gefährdet die freie Verfügung über die Kap-Route, für Europa und die USA wichtigste Versorgungslinie mit den Rohstoffen aus Afrika und Asien und stellt die Effizienz der Nato für diesen Raum in Frage.

Die gegenwärtige Weigerung der SPD/FDP-Regierung, die Republik Guinea-Bissau diplomatisch anzuerkennen, macht klar, daß sie weiterhin das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt. Obgleich sie überall für dieses Recht eintritt, wie kürzlich Brandt und Scheel in der Uno, mißachtet sie es da, wo es gegen die Interessen der herrschenden Klassen in der BRD geht. Durch Lizenzbau in Portugal und Lieferungen über Drittländer werden die portugiesischen Kolonialisten weiterhin mit BRD-Waffen versorgt, um die Erregenschaften des Volkes in den befreiten Gebieten zu zerstören und die völlige Befreiung ihres Landes von der portugiesischen Kolonialherrschaft zu verhindern. Doch je weiter der Befreiungskampf voranschreitet, umso schwieriger wird es für die Kapitalisten und die Bundesregierung sein, das kolonialistische Portugal zu unterstützen. Wenn sie schon nicht deren Niederlage verhindern können, so wollen sie wenigstens, daß die koloniale Unterdrückung in eine neokoloniale Abhängigkeit übergeht. Dies hat die SPD mit ihrem Hilfsangebot an die Befreiungsfront von Mozambique (Frelimo) unter Beweis gestellt. „Sie geben Portugal militärische Hilfe und zur gleichen Zeit uns Medikamente, damit wir unsere Wunden behandeln können“, erklärte nach den Gesprächen der Vizepräsident der Frelimo. Deshalb ist „der Befreiungskampf... eine Revolution, die nicht damit endet, daß die Flagge gehißt und die Nationalhymne gespielt wird“ (Amilcar Cabral).

- Unsere Forderung lautet daher:
- Sofortige und bedingungslose diplomatische Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung!**
- Unverzügliche Einstellung aller Waffenlieferungen an Portugal!**
- Solidarität mit dem gerechten Kampf des Volkes von Guinea-Bissau und der kapverdischen Inseln gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus!**
- Komitee Südliches Afrika Heidelberg
- Komitee zur Unterstützung des Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien (Afrika-Komitee) Freiburg
- Informationsstelle Süd. Afrika (ISSA) Bonn
- VDS-Projektbereich Internationalismus

882 — aachener studenten zeltung  
Herausgeber: AStA der RWTH Aachen  
Redaktionskollektiv: A. Hinzen (verantwortlich), G. Grzella, U. Schwarz  
Mitarbeiter: Chr. Kösters, U. Hellweg, A. Weltner, BG Chemie, G. Scheil  
Anschrift: 51 Aachen, Turmstraße 3, Telefon 331 04, Telex 08 32 622  
Erscheinungsweise 14täglig während der Vorlesungszeit  
Auflage: 9000  
Druck: Verlagsanstalt Corfontaine & Co. KG, Aachen, Theaterstraße 24-34